



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

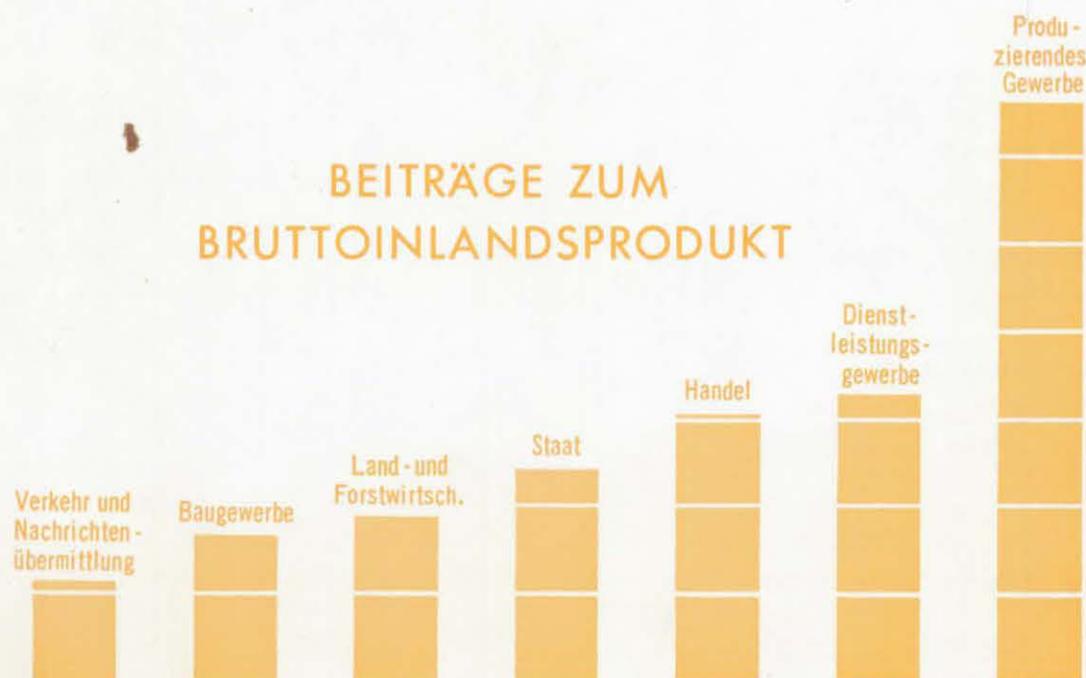
24. Jahrgang · Heft 2

Februar 1972

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Anteile der Länder

Aufsätze: Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1970	1971	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Juli bis November ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	163	163		0
Beschäftigte	1 000	193	191	-	1
Umsatz ³	Mill. DM	1 117	1 218	+	9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	23	-	6
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,9	9,6	-	3
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 646	3 121	+	18
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	180,8	241,4	+	34
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	160,3	182,0	+	14
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 316	7 406	+	1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter ⁴	1962 = 100	106,5	104,6	-	2
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	103,9	105,4	+	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	108,2	113,1	+	5
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	99,8	101,9	+	2
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	124,2	131,7	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,2	123,5	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 318	3 941	+	19
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	12 432	13 722	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	5 446	6 071	+	11
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	75	82	+	10
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	129	178	+	38
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	22	28	+	28
Lohnsteuer	Mill. DM	98	124	+	26

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 2/72

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aus dem Inhalt	26
Aufsätze	
Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1939	27—33
Gebäude und Wohnungen 1968	34—40
Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern	40—48
Grafik des Monats	36—37
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

A V 1—J/70

„Kommunale Gebietsänderungen in Schleswig-Holstein
im Jahre 1970“

44 Seiten, Preis 3,10 DM

D/Arbeitsstättenzählung 1970—2

„Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Gemeinden
Schleswig-Holsteins am 27. 5. 1970“

342 Seiten, Preis 17,30 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1971

- Abiturienten
- Wahlverhalten 1971
- Alten- und Pflegeheime
- Boden- und Kommunalkredite
- Viehwirtschaft
- Anbau und Ernteaussichten

Heft 9/1971

- Milchviehhaltung
- Kommunale Haushaltsplanung
- Fremdenverkehr (Teil 2)
- Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Heft 10/1971

- Bautätigkeit 1970
- Haushaltsnettoeinkommen
- Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
- Seeschifffahrt
- Beschäftigte im Maschinenbau
- Einkommensteuerpflichtige

Heft 11/12-1971

- Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970

Heft 1/1972

- Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971
- Wohnungsmieten
- Altersaufbau der Bevölkerung
- Essen außer Haus
- Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 2

Februar 1972

Aktuelle Auslese



Hervorragendes Ergebnis im Hochbau

Für das Jahr 1971 wurden in Schleswig-Holstein 28 276 Wohnungen von den Berichtsstellen als fertiggestellt gemeldet. Damit ist das Ergebnis des Jahres 1970 um über 28 % übertroffen worden. Allein durch Errichtung neuer Wohngebäude sind 26 243 (+ 22 %) Wohnungen entstanden, darunter 10 549 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Beim Neubau von Wohngebäuden betrug die durchschnittliche Wohnfläche 80 m² gegenüber 78 m² 1970, und die Zahl der Räume 4,2 (1970: 4,1). Die Wohnfläche hat um 21 % zugenommen.

Auch im Nichtwohnbau ist eine beachtliche Steigerung gegenüber 1970 zu verzeichnen. Es wurden über 2 000 Nichtwohngebäude fertiggestellt, was einer Zunahme von 14 % entspricht. Außerdem haben die Bauobjekte noch größere Ausmaße angenommen, denn gegenüber dem Vorjahr nahmen der umbaute Raum um 30 % und die Nutzfläche um 27 % zu.

Mit 34 557 zum Bau freigegebenen Wohnungen wurde im Jahr 1971 der höchste Stand seit Kriegsende erreicht. Gegenüber 1970 beträgt die Zunahme über 22 %.



Bauüberhang 1971 so hoch wie nie zuvor

Mit einem Bauvorrat von über 44 000 zum Bau freigegebenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen ging die schleswig-holsteinische Bauwirtschaft in das Jahr 1972. Damit wurde der bisherige Rekordbauüberhang des Jahres 1970 noch um über 5 000 Wohnungen (+ 14 %) übertroffen. Mit diesem Bauvorrat ist für das Jahr 1972 ein außergewöhnlich gutes Baufertigstellungsergebnis zu erwarten, zumal der echte Bauüberhang, d. h. die schon im Bau befindlichen Wohnungen, 82 % des gesamten Überhangs ausmacht.



Eine halbe Mrd. DM Umsatzzunahme im Bauhauptgewerbe

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe haben 1971 in Schleswig-Holstein etwa 2,6 Mrd.

DM erreicht. Das entspricht einer Zuwachsrate von 23 % gegenüber 1970. Dabei dürfen allerdings die beträchtlichen Baupreissteigerungen nicht übersehen werden. Der Umsatz stieg bei nur geringfügig verändertem durchschnittlichen Beschäftigtenstand (+ 1 %) und einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um 6 %.



6,5 Mrd. DM Spareinlagen

Die bei den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein eingelegten Sparguthaben erreichten am 31. 12. 1971 einen Bestand von 6,5 Mrd. DM, das sind 685 Mill. DM oder 12 % mehr als am Jahresende 1970. Der Überschuß der Spargutschriften über die Lastschriften lag 1971 mit 367 Mill. DM spürbar über dem des Vorjahres (228 Mill. DM); sein Anteil am Gesamtzuwachs betrug jedoch nur 54 %. Die restlichen 46 % fielen als Zinserträge an. Dies ist die Folge des ungewöhnlich hohen Zinsniveaus. 11 % aller Spareinlagen waren prämienbegünstigt. Diese langfristig angelegten Einlagen mit besonders hohem Zinsgewinn erhöhten sich gegenüber Ende 1970 um 13 % auf 715 Mill. DM.



Geringe Abnahme der Insolvenzen

Im Jahre 1971 wurden von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein insgesamt 157 Insolvenzen (einschließlich Anschlußkonkurse) gemeldet. 1970 waren es 160 wirtschaftliche Zusammenbrüche gewesen. Die Zahl der Konkurse erhöhte sich zwar um 3 auf 149; jedoch wurden nur 8 Vergleichsverfahren eröffnet gegenüber 14 im Jahre 1970. Auch die voraussichtliche Höhe der Forderungen der Gläubiger gegenüber den Konkurschuldnern des Jahres 1971 ist geringer als im Vorjahr. Sie beträgt etwa 55 Mill. DM gegenüber 64 Mill. DM im Jahre 1970. 115 Insolvenzen, das sind fast drei Viertel aller wirtschaftlichen Zusammenbrüche des Jahres 1971, entfielen auf Erwerbsunternehmen. Unter ihnen wurde das Baugewerbe mit 28 Konkursen und 2 Vergleichsverfahren am stärksten betroffen.

Aus dem Inhalt

Bevölkerungsentwicklung

(Volkszählungen)

Seite 27

Die 5 letzten Volkszählungen, nämlich 1939, 1946, 1950, 1961 und 1970, umfassen einen Zeitraum, der durch ungewöhnliche Ereignisse und stärkste Veränderungen geprägt ist. Es lassen sich zwei Perioden sehr verschiedenen Verlaufs unterscheiden: 1939 – 1950 und 1950 – 1970, wobei dem Geschehen entsprechend die Grenze eigentlich im Jahre 1956 liegen müßte, dem Jahr mit der geringsten Bevölkerungszahl nach dem Kriege. Außer der Gesamtzahl der Einwohner war auch die Relation zwischen Frauen und Männern starken Veränderungen ausgesetzt. Die Bewegungen sind in den einzelnen Kreisen durchaus verschieden abgelaufen (alle regionalen Vergleiche zum Gebietsstand von 1970). Gegenüber 1939 leben in allen Kreisen 1970 mehr Menschen, oft mehr als doppelt so viel, nur in Kiel waren es weniger. Hier zeigen sich Tendenzen der Entvölkerung der Kernstädte, deren Boden bei gewerblicher Nutzung höhere Rendite erbringt. Andererseits können Produktionsbetriebe sich oft nur noch im Vorland der Städte erweitern, was im Falle Hamburgs zu einer Aufwertung der zu Schleswig-Holstein gehörenden Umlandbezirke führt. Durch beide Momente ergeben sich Umstrukturierungen, mit denen eine Verbesserung der Infrastruktur einhergeht, die allerdings die stadtfürnsten ländlichen Räume nicht erreicht, sondern relativ weiter abfallen läßt. Es liegt nahe, daß die Bevölkerungsdichte und die Verteilung der Bevölkerung und der Gemeinden auf Gemeindegrößenklassen von diesen Bewegungen berührt werden. In 8 Gemeinden hat sich die Bevölkerungszahl von 1961 bis 1970 verdoppelt, in 35 Gemeinden um 50 % vergrößert, in etwa drei Vierteln aller Gemeinden um bis zu 15 % verändert. Die Konzentration der Einwohner auf größere Gemeinden wird in zwei Abbildungen mit Lorenzkurven für 1939 und 1970 deutlich.

Wohnungen in Land und Bund

Seite 34

Dieser sechste Aufsatz über Ergebnisse der Wohnungszählung 1968 vergleicht die wichtigsten Strukturdaten des Landes mit denen des Bundesgebietes und der anderen Bundesländer. Die Zahl der Wohnungen ist im Lande zwischen 1961 und 1968 um 24 % und damit stärker als in jedem anderen Bundesland gestiegen. Mit 4 % Anteil der Gebäude mit mangelhafter Wasserversorgung liegt Schleswig-Holstein am Ende der Länderreihe. Etwas besser als im Bundesdurchschnitt sieht es bei der Fäkalien- und Schmutzwasserabfuhr aus. Einen Spitzenplatz (nach den Stadtstaaten) nimmt unser Land in der Ausstattungsqualität ein,

die am Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung gemessen wird. Das gleiche gilt für das Qualitätsmerkmal der Sammelheizung allein. Die Wohnungen werden langfristig größer, was sich z. B. am steigenden Anteil der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen zeigt, der hier auf 65 % (1956 – 1968), im Bundesgebiet auf 63 % angestiegen ist. Die Zahl der Wohngelegenheiten, also der nicht vollwertigen Wohnungen, erreicht in Schleswig-Holstein nur noch 2,4 % aller Wohneinheiten; in Unterkünften lebten 1968 um 65 % weniger Menschen als 1961.

Langlebige Gebrauchsgüter

in den Haushalten

Seite 40

Über die Hälfte des gesamten Bruttosozialprodukts wird für den privaten Verbrauch verwendet. Die bislang mangelhafte Darstellung dieser Wirtschaftsmacht wird durch Erhebungen wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verbessert. Je eine EVS fand 1962 und 1969 statt, die dritte ist für 1973 vorgesehen. 1969 wurden in der Bundesrepublik 53 000 Haushalte einbezogen. Unter den Käufen der Haushalte treten mit steigendem Wohlstand die dauerhaften Konsumgüter mehr in den Vordergrund. Die Nachfrage nach ihnen erhält steigende Bedeutung für den Konjunkturablauf. Diesen Gütern (Auto, Waschmaschine, Fernseher usw.) gilt ein wesentlicher Teil der letzten Erhebung. Da die Ergebnisse infolge der Stichprobenanlage nur für die Bundesrepublik im Ganzen, also nicht speziell für Schleswig-Holstein gelten, wird ihre Darstellung aus der Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes als gekürzter Abdruck übernommen. Fast zwei Drittel aller Haushalte mit mindestens 3 Personen verfügten über ein Auto, unter den Landwirten vier von fünf. Die Verbreitung von Rundfunk- und Fernsehgeräten ist so allgemein, daß zwischen den Haushalten verschiedener Größe, sozialer Schichtung und selbst nach dem Einkommen nur noch geringe Unterschiede bestehen. Anders bei Foto- und Filmkameras, die deutlich umso häufiger vorkommen, je höher das Einkommen des Haushalts ist. Interessant ist, daß zwar von 100 Haushalten 77 fernsehen, aber nur 62 fotografieren, obwohl ein Fotoapparat in der Regel nur den Bruchteil eines Fernsehgerätes kostet. Die Entscheidung für einen Gegenstand der passiven oder aktiven Freizeitgestaltung hängt offensichtlich nicht sehr von seinem Preis ab. Staubsauger und Kühlschränke stehen in 85 % aller Haushalte, Wasch- und Nähmaschinen in 60 %. Den Einfluß des Haushaltseinkommens, der sozialen Stellung und des Alters des Haushaltsvorstandes, einer Erwerbstätigkeit der Frau und der Größe der Wohngemeinde untersucht der Verfasser in jeweils eigenen Abschnitten, denen ein Vergleich mit 1962 als Abschluß folgt.

Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1939

Im Rahmen der letzten Volkszählung vom 27. 5. 1970 ist eine Fülle von Strukturdaten angefallen, die zur Zeit Zug um Zug aufbereitet und ausgewertet werden. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Bevölkerungszahl und einigen mit ihrer Hilfe gebildeten Verknüpfungsdaten, untersucht diese aber für einen längeren Zeitraum, nämlich für die fünf Volkszählungen seit 1939. Dieser Zeitraum läßt sich in zwei größere Abschnitte teilen: Einmal die Zählungen vom 17. 5. 1939, 29. 10. 1946 und 13. 9. 1950, die wesentlich durch den zweiten Weltkrieg und seine unmittelbaren Auswirkungen geprägt sind, und zum anderen die Zählungen vom 6. 6. 1961 und 27. 5. 1970, die eine Zeit kontinuierlicherer Entwicklungen umfassen.

Knapp 1 Million mehr Einwohner seit 1939

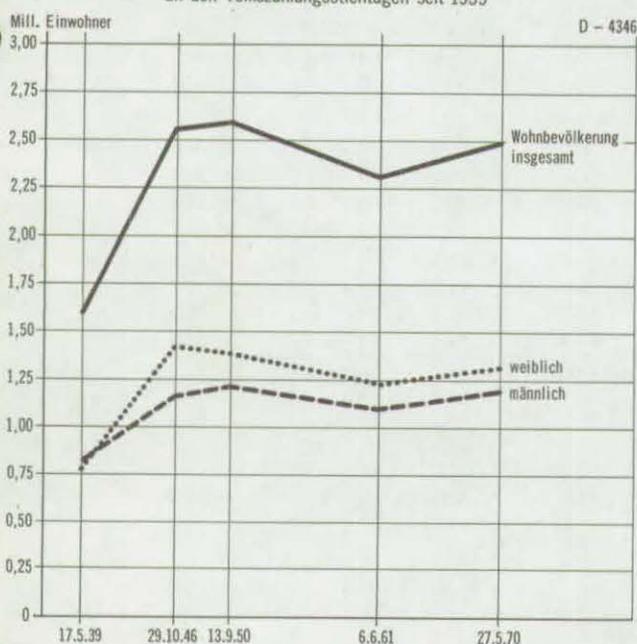
Wie die Grafik zeigt, stieg die Einwohnerzahl zwischen 1939 und 1946 beträchtlich an und veränderte sich von 1946 bis 1950 kaum, während sie dann bis 1961 wieder deutlich abnahm. Wie schon gesagt, waren für diese ungewöhnlichen Veränderungen der Krieg und seine unmittelbaren Folgen verantwortlich. Gegen Ende des Krieges bis 1948 wanderten vornehmlich Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Einwohner der damaligen SBZ und heim-

gekehrte Kriegs- und Zivilgefangene zu. Die Entwicklung von 1946 bis 1950 ist im Bild als gleichmäßige geringe Zunahme dargestellt, da darauf verzichtet wurde, die tatsächliche Bevölkerungsbewegung zwischen zwei Zählungen abzubilden. Der Grafik liegt also die Annahme einer gleichmäßigen Entwicklung innerhalb der 4 dargestellten Zeiträume zugrunde. In Wirklichkeit haben umfangreiche Zu- und Abwanderungen stattgefunden, deren Saldo zwischen 1946 und 1950 ein Wanderungsverlust von 44 500 Personen war, dem aber ein Geburtenüberschuß von 66 000 gegenüber stand. Viele der schätzungsweise 380 000 Einwanderer dieser Periode waren heimkehrende Kriegsgefangene, während es vorwiegend wirtschaftliche und soziale Gründe waren, die 425 000 Menschen veranlaßten, Schleswig-Holstein den Rücken zu kehren und sich in anderen Bundesländern niederzulassen. Die Grafik weist für die Zeit von 1946 bis 1950 eine gegenläufige Bewegung zwischen männlicher und weiblicher Wohnbevölkerung aus, da die Zuwanderer in der Überzahl Männer waren, während die Geschlechterproportion bei den Abwanderern ausgeglichener war.

Die 1949 beginnenden und bis 1956 dauernden staatlichen Umsiedlungsmaßnahmen führten in Verbindung mit der rascheren wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands dazu, daß ein erheblicher Teil der in Schleswig-Holstein ansässigen Vertriebenen und Evakuierten das Land wieder verließ. So war die Einwohnerzahl am 6. 6. 1961 um 11% gegenüber 1950 gesunken - trotz eines Geburtenüberschusses von 102 000 Personen. Auch in diesen elf Jahren war die Entwicklung nicht einheitlich. Vielmehr verringerte sich die Bevölkerungszahl bis zum Tiefstand im August 1956 und begann dann wieder zu steigen. Die sich stärker entfaltende Industrie und die Gründung der ersten Bundeswehreinheiten im Lande hatten erheblichen Anteil daran.

Im Vergleich zu früher verliefen die letzten 9 Jahre des betrachteten Zeitraums eher normal. Die Einwohnerzahl vergrößerte sich um 177 000 (von 2 317 000 auf 2 494 000), davon gut zwei Drittel durch Geburtenüberschuß. Besonders drei Gruppen verursachten den Wanderungsgewinn von 58 000 Menschen: Ausländer, deren Zahl sich gegenüber 1961 verdreifachte (von 12 600 auf 37 400), ehemalige Hamburger, die sich meist in der Peripherie der Stadt ansiedelten und Soldaten aus anderen Bundesländern im Zuge des Ausbaus unserer Garnisonen.

Die Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins
an den Volkszählungstichtagen seit 1939



Mit der Einwohnerzahl haben sich natürlich auch die Anteile der männlichen und weiblichen Personen an der Wohnbevölkerung geändert; während unmittelbar vor dem Kriege ein deutlicher Männerüberschuß herrschte (100 Männern standen 95 Frauen gegenüber) kamen 1946 auf 100 Männer 123 Frauen. Der Männerüberhang des Jahres 1939 wurde allerdings durch die in Schleswig-Holstein stationierten Soldaten und paramilitärischen Kräfte verursacht. Vergleicht man die Sexualproportion der damals ausgewiesenen "ständigen Bevölkerung"¹, ergibt sich fast ein Gleichgewicht (100 männliche zu 101 weiblichen Personen). In der Nachkriegszeit ist es bei einem erheblichen Frauenüberschuß geblieben, der allerdings immer geringer wurde, 1950 betrug das Verhältnis 100 : 114, im Jahre 1961 dagegen 100 : 112 und 1970 nur noch 100 : 110. Dabei ist aber zu beachten, daß die Abnahme des Frauenüberschusses in den letzten 9 Jahren durch Zuwanderungen von Zeit- und Berufssoldaten und männlichen Ausländern gefördert worden ist. So ist das Geschlechterverhältnis der deutschen Wohnbevölkerung 1970 mit 100 : 111 ungünstiger als das der gesamten Wohnbevölkerung. 1961 gab es diesen Unterschied nicht. Berücksichtigt man die höhere Lebenserwartung bei Frauen, so wird der weibliche Bevölkerungsteil noch lange im Übergewicht sein. Denn der am 27. 5. 1970

bestehende Altersaufbau weist einen Männerüberschuß nur bei den bis 41jährigen Einwohnern aus.

Wohnbevölkerung in den Kreisen

Tabelle 1 zeigt, wie unterschiedlich sich die Bevölkerung in den einzelnen Kreisen entwickelt hat². Von 1939 bis 1950 waren in allen Kreisen und kreisfreien Städten die Einwohnerzahlen enorm gestiegen. Eine Ausnahme bildete Kiel, das infolge von Luftangriffen einen beträchtlichen Teil seines Wohnungsbestandes verloren hatte. In diesen 11 Jahren nahm die Landesbevölkerung um 63%, die männliche wegen der vielen Gefallenen nur um 48% und die weibliche um 79% zu. Wegen der besseren Lebensbedingungen auf dem Lande verschob sich das Schwergewicht noch mehr als 1939 auf die Kreise: 1939 lebten noch 35% in den kreisfreien Städten, 1950 dagegen nur noch 26%. Mit Ausnahme der Kreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn hatten alle anderen Kreise 1950 mehr Einwohner als 1970. Die seit 1950 stärker einsetzende Rückwanderung, die bis 1961 einen Nettorückgang der Bevölkerung um 277 000 Personen zur Folge hatte, betraf besonders die Kreise, während sich in den kreisfreien Städten die Wohnbevölkerung nur wenig

Die Wohnbevölkerung in den Kreisen und ihre Veränderung seit 1939

Gebietsstand: 27. 5. 1970

KREISFREIE STADT Kreis	Die Wohnbevölkerung am ...				Veränderungen in %			
	17. 5. 1939	13. 9. 1950	6. 6. 1961	27. 5. 1970	1950/1939			1970/1961
	in 1 000				insgesamt	darunter männlich	1961/1950	1970/1961
FLensburg	71	104	100	95	+ 45,2	+ 29,9	- 3,7	- 4,3
KIEL	279	265	280	272	- 5,2	- 15,2	+ 5,9	- 3,1
LÜBECK	155	239	236	239	+ 54,1	+ 41,5	- 1,3	+ 1,4
NEUMÜNSTER	57	82	84	86	+ 43,1	+ 32,6	+ 3,3	+ 1,9
Dithmarschen	98	176	129	134	+ 78,7	+ 66,9	- 26,6	+ 3,9
Flensburg-Land	45	79	63	72	+ 76,4	+ 65,2	- 20,8	+ 14,2
Hzgt. Lauenburg	73	150	130	142	+ 106,4	+ 85,8	- 13,2	+ 8,6
Nordfriesland	111	179	144	156	+ 62,2	+ 46,1	- 19,9	+ 8,8
Ostholstein	104	206	168	176	+ 97,9	+ 77,4	- 18,5	+ 5,1
Pinneberg	106	188	197	238	+ 78,3	+ 64,5	+ 4,7	+ 20,7
Plön	62	111	99	107	+ 80,2	+ 63,2	- 11,3	+ 8,4
Rendsburg-Eckernförde	135	258	210	223	+ 90,3	+ 71,5	- 18,5	+ 6,4
Schleswig	76	126	97	100	+ 65,9	+ 48,4	- 23,3	+ 3,4
Segeberg	63	129	122	165	+ 106,3	+ 91,2	- 5,4	+ 34,5
Steinburg	91	165	129	132	+ 81,4	+ 62,3	- 22,2	+ 2,6
Stormarn	63	138	130	157	+ 117,1	+ 106,4	- 5,6	+ 20,7
Schleswig-Holstein	1 589	2 595	2 317	2 494	+ 63,3	+ 48,2	- 10,7	+ 7,6

1) Das ist die "Wohnbevölkerung ohne die der Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen" - wie man damals sagte

2) Die Ergebnisse der Volkszählung 1946 sind nicht in der Tabelle enthalten, da sie nicht auf den Gebietsstand vom 27. 5. 1970 umgerechnet sind

veränderte. Alle Kreise außer Pinneberg hatten Einwohner verloren, allerdings in sehr unterschiedlichem Maße. In den Kreisen wie Dithmarschen, Schleswig und Steinburg, in denen das Angebot an industriellen Arbeitsplätzen besonders gering war, schrumpfte die Bevölkerung am meisten, während sie in den wachstumsstärkeren Kreisen Segeberg und Stormarn verhältnismäßig wenig zurückging oder sogar, wie im Kreis Pinneberg, zunahm. Dabei war nach dem Krieg der Zustrom in die Kreise Segeberg und Stormarn relativ hoch, in die Kreise Dithmarschen, Schleswig und Steinburg dagegen ziemlich gering. Während sich die Bevölkerung 1961 gegenüber 1939 im Landesdurchschnitt um 46% erhöht hatte, betrug die Zunahme in den Kreisen Stormarn 105%, Segeberg 95% und Pinneberg 87%; dagegen in den Kreisen Schleswig 27%, Nordfriesland 30%, Dithmarschen 31% und Steinburg 41%. Das Ausmaß der Abwanderungen war also wesentlich determiniert durch das Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Hamburg. Die Ergebnisse der letzten Zählung untermauern die bisherige Entwicklung: weit überdurchschnittliche Zunahme in den drei Hamburger Randkreisen, deutlich unter dem Durchschnitt dagegen Steinburg, Schleswig und Dithmarschen (vgl. Tabelle 1). Auffällig ist die recht hohe Zuwachsrate von 14% im Kreis Flensburg-Land, die hauptsächlich durch die Gemeinden in der Nähe der Stadt Flensburg verursacht wurde, während im östlichen Kreisgebiet eine rückläufige Tendenz festzustellen war. Die Kreise Hztg. Lauenburg, Nordfriesland und Plön bewegen sich leicht über, Ostholstein und Rendsburg-Eckernförde leicht unter der landesdurchschnittlichen Zuwachsrate von 7,6%.

In der Regel wachsen heute die Städte nicht mehr innerhalb der Kernstadt, sondern in den Außenbezirken, die häufig jenseits der politischen Stadtgrenze liegen. Trotz sinkender Einwohnerzahlen können sie sich in räumlicher Sicht vergrößern, indem nämlich ihre Nachbargemeinden, die ja politisch eigenständig sind, allmählich verstädern. Einerseits ziehen es Bewohner der Städte vor, die Kernstadt zu verlassen, um ein Häuschen oder eine Wohnung in den ruhigeren Vorortgegenden zu beziehen, andererseits wandern aus anderen Gebieten Arbeitskräfte mit ihren Familien zu, um günstigere Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Sehr deutlich läßt sich diese Entwicklung am Beispiel Hamburgs zeigen. In den 30er Jahren waren die früher selbständigen schleswig-holsteinischen Gemeinden Billstedt, Lokstedt, Poppenbüttel, Bramfeld etc. wirtschaftlich schon so stark mit Hamburg verschmolzen, daß es sinnvoll war, diese Gebiete auch politisch mit Hamburg zu

vereinigen, was dann durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 geschah. Inzwischen gehört ein Teil dieser ehemaligen Vororte schon zum Kerngebiet, und früheres flaches Land, das diesen Vororten vorgelagert ist, trägt heute schon wieder urbanen Charakter. Es bleibt natürlich nicht dabei, daß nur mehr Menschen zuwandern. Die Expansion der Bevölkerung macht es nämlich notwendig, die materielle und institutionelle Infrastruktur zu verbessern (bessere Energieversorgungen, leistungsfähigere Verwaltungen, zusätzliche kulturelle Einrichtungen etc.). Ebenfalls werden sich mehr Betriebe ansiedeln; zuerst Dienstleistungsbetriebe (Bäcker, Kaufmann, Banken etc.), dann häufig Industriebetriebe, die ihren Stammsitz im Kerngebiet der Stadt haben. Kapazitätserweiterungen scheitern in der Kernstadt nicht selten wegen der dort herrschenden zu starken Verdichtung, sind aber in den Randzonen wegen oft vorhandener geeigneter Grundstücke noch möglich, wenn Verkehrsverbindungen und Energieversorgung befriedigend sind und andererseits die ohnehin knappen Arbeitskräfte zum großen Teil hierhin mitgenommen werden können. Auf diese Weise erhöht sich allmählich der Verstädterungsgrad in den Gemeinden, die wirtschaftlich mit Hamburg verbunden sind. Wenige Zahlen mögen das bestärken: Wegen der allgemein zu beobachtenden Konzentrationstendenzen ist in allen anderen Kreisen des Landes die Zahl der Arbeitsstätten zwischen dem 6. 6. 1961 und dem 27. 5. 1970 deutlich zurückgegangen, im Kreis Segeberg und Stormarn dagegen haben sie trotzdem noch leicht zugenommen und im Kreis Pinneberg nur sehr geringfügig abgenommen. Während die in Arbeitsstätten tätigen Personen im Landesdurchschnitt um 14% zunahmen, stiegen sie in Segeberg um 45%, Stormarn 37% und Pinneberg um 23%.

In abgeschwächter Form verläuft dieser Prozeß auch in den schleswig-holsteinischen Städten. Wenn also die Einwohnerzahl Kiels von 1961 bis 1970 um 3% und die Flensburgs um 4% zurückgegangen ist, während die Lübecks um 1% und die Neumünsters um 2% gestiegen ist, will das doch, zum Beispiel für Kiel, nicht viel besagen. Denn wie zu erwarten war, ist die Bevölkerung besonders im Stadtzentrum stark zurückgegangen (Altstadt - 34%), weil, wie schon gesagt, die Wohnungsansprüche ständig steigen und dort nicht mehr befriedigt werden können und andererseits es lohnender ist, Wohnungen in Büroräume, Arztpraxen, Geschäftsräume etc. umzuwandeln. Dagegen ist die Stadtrandbevölkerung stark gestiegen (in Mettenhof um ca. 10 000 Personen, in Suchsdorf um mehr als das Doppelte usw.) und ebenso die Bevölkerung in vielen Gemeinden, die in der Nähe Kiels liegen, zum Beispiel in Altenholz um 164%, Melsdorf

55%, Klausdorf 36%, Mönkeberg 25%, Heikendorf 20%. Dabei spielt weniger die reine Entfernung zum Stadtzentrum eine entscheidende Rolle, sondern eher der Zeitaufwand für das Hinkommen, der abhängig ist von der Qualität der Verkehrsverbindungen, und der Wohn- und Freizeitwert einer Gemeinde (Vorhandensein von Schulen, Kindergärten, Geschäften usw.), so daß weiter entfernte Gemeinden eher mit der Stadt verflochten sein können, als unmittelbare Nachbargemeinden. Das dürfte die Erklärung dafür sein, daß zum Beispiel in Pohnsdorf und Honigsee, zwei benachbarten Gemeinden von Kiel, die Wohnbevölkerung um 11 bzw. 9% zurückgegangen ist, in Preetz dagegen um 15% gestiegen ist, obwohl diese Stadt, die wesentlich von den Impulsen der Landeshauptstadt profitiert haben dürfte, knapp 20 km vom Stadtzentrum entfernt ist.

Lübecks Bevölkerung - hinsichtlich der Einwohnerzahl vergleichbar mit Kiel - ist sicher nicht zuletzt deshalb gestiegen, weil das Stadtgebiet fast doppelt so groß wie das der Landeshauptstadt ist. In Kiel lebten 1970 272 000 Menschen auf 110 qkm, in Lübeck dagegen 239 000 Menschen auf 214 qkm. Kiels Bevölkerungsdichte ist somit mehr als doppelt so hoch wie die der Hansestadt. Das gleiche gilt für den Vergleich von Flensburg und Neumünster: In Flensburg liegt die Bevölkerungsdichte um mehr als 50% über der von Neumünster.

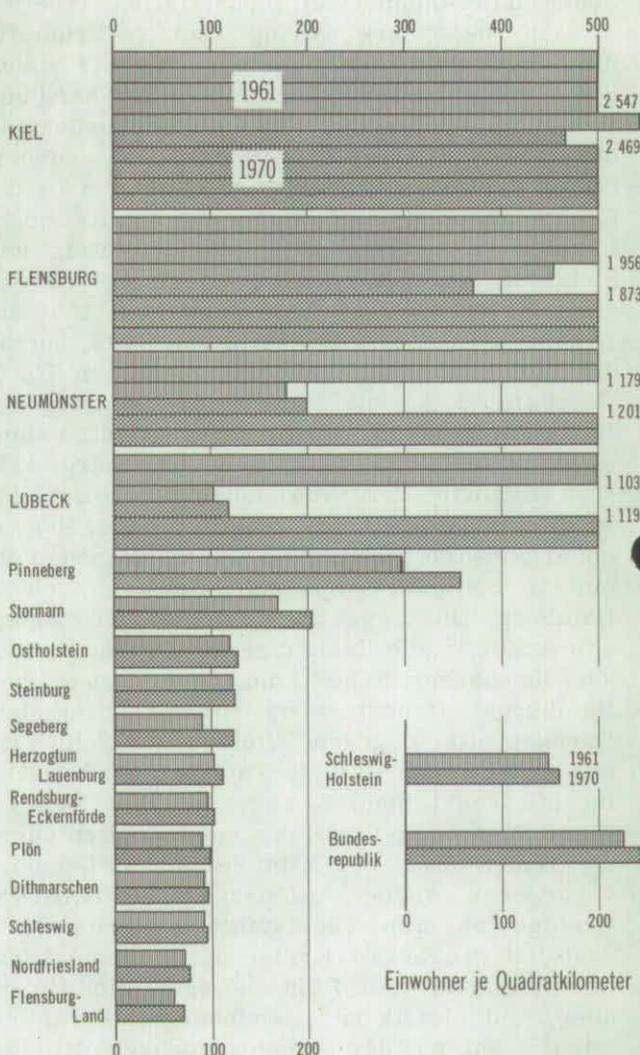
Bevölkerungsdichte des Landes und der Kreise

Bedingt durch Land- und Forstwirtschaft leben in den Kreisen natürlich weniger Einwohner auf einer Flächeneinheit als in den kreisfreien Städten. Wie das Bild zeigt, weichen die Bevölkerungsdichten der Kreise aber auch voneinander erheblich ab. Da daß Maß Bevölkerungsdichte nicht die Verteilung der Einwohner innerhalb eines Gebietes berücksichtigt, also auch Ödland, Wald- und Seengebiete einbezieht, ist es für sich allein genommen nur eine grobe Richtlinie, die aber dennoch Anhaltspunkte über den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes geben kann.

Nicht zufällig herrscht im Kreis Pinneberg die höchste Bevölkerungsdichte (359 Personen pro qkm), in Flensburg-Land dagegen die niedrigste - trotz einer Zunahme von 15% gegenüber 1961. Dieser Kreis erreicht nur knapp 20% der Dichte des Kreises Pinneberg, der nicht nur der kleinste (662 qkm Fläche) sondern auch der volkreichste Kreis des Landes ist. Während aber in Flensburg-Land 23% der Erwerbstätigen zum Wirtschafts-

D - 4347

Bevölkerungsdichte in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik am 6. 6. 1961 und 27. 5. 1970



bereich Land- und Forstwirtschaft gehörten, waren es in Pinneberg nur 7%. Die zweithöchste Bevölkerungsdichte hatte Stormarn, das eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Pinneberg hat (7% Landwirtschaft). Dann folgen mit größerem Abstand die Kreise Ostholstein, Steinburg und Segeberg, wobei auffällt, daß im Kreis Segeberg die Anzahl der Personen pro qkm seit 1961 am stärksten gestiegen ist (+ 34%). Außer Flensburg-Land sind Schleswig, Dithmarschen und Nordfriesland die Kreise, in denen relativ viele Personen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind und in denen auch die Bevölkerungsdichte am geringsten ist. Am Stichtag der Zählung wohnten in Schleswig-Holstein durchschnittlich 159 Personen auf einem Quadratkilometer gegenüber 148 im Jahre 1961. Das entspricht einer Zunahme von 7%. Ähnlich ist die Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik gestiegen, nämlich um 8% von 226 auf 244, und liegt damit um 53% über der Schleswig-Holsteins.

Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen und ihre Veränderung

Zunehmende Bevölkerungsdichte, besonders wenn sie größtenteils wanderungsbedingt ist, wird meist auch dazu führen, daß sich die Gemeindegrößenstruktur des Landes ändert, da Zuziehende an ihre künftigen Wohnorte meist Ansprüche stellen, die nur Gemeinden mit einer bestimmten Mindestgröße erfüllen können. Im folgenden soll untersucht werden, wie sich Gemeindegrößen im Zeitablauf geändert haben. Die Tabelle zeigt einerseits, wieviel Prozent der Wohnbevölkerung am 27. 5. 1970 in den unterschiedenen Gemeindegrößenklassen lebten, und andererseits, welche Größenklassen unter den Gemeinden eines Kreises am häufigsten vorkamen. In Dithmarschen zum Beispiel gab es 135 Gemeinden, in denen 133 960 Menschen lebten, 27% der Gemeinden hatten weniger als 200 Einwohner, aber nur 3% der Bevölkerung wohnten in ihnen. Oder in absoluten Zahlen: In 37 Gemeinden dieses Kreises wohnten nur etwa 4 500 Menschen. Dagegen hatten nur Heide und Brunsbüttel (1% der Gemeinden des

Die Verteilung von Gemeinden und Bevölkerung der Kreise auf Gemeindegrößenklassen am 27. 5. 1970

		Anzahl am 27.5.1970	davon (in) Gemeinden mit ... Einwohnern in %				
			unter 200	200 bis 500	500 bis 2 000	2 000 bis 10 000	10 000 und mehr
Dithmarschen	Gem.	135	27	30	34	7	1
	Bev.	133 960	3	10	30	30	26
Flensburg-Land	Gem.	77	1	38	56	6	-
	Bev.	71 632	0	14	58	28	-
Hzgt. Lauenburg	Gem.	135	29	41	21	5	3
	Bev.	141 731	3	13	17	23	43
Nordfriesland	Gem.	162	23	34	34	7	1
	Bev.	156 415	3	12	33	31	23
Ostholstein	Gem.	43	-	5	52	35	9
	Bev.	176 340	-	0	14	51	34
Pinneberg	Gem.	51	2	16	47	22	14
	Bev.	237 877	0	1	10	20	68
Plön	Gem.	89	6	51	30	11	2
	Bev.	106 767	1	14	22	39	24
Rendsburg- Eckernförde	Gem.	174	17	31	41	9	2
	Bev.	223 346	2	8	29	32	30
Schleswig	Gem.	96	7	45	41	5	1
	Bev.	99 980	1	14	34	18	33
Segeberg	Gem.	100	11	42	35	10	2
	Bev.	164 634	1	8	20	30	41
Steinburg	Gem.	117	30	32	31	6	2
	Bev.	131 836	3	9	27	23	36
Stormarn	Gem.	87	13	37	32	15	3
	Bev.	157 043	1	7	15	41	37
Schleswig- Holstein	Gem.	1 266	17	35	36	9	3
	Bev.	2 494 104	1	6	17	22	54

Kreises) mehr als je 10 000 Einwohner, aber 26% der Bevölkerung lebten dort. Ähnlich wie Dithmarschen haben auch Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland und Steinburg einen hohen Anteil an Kleinstgemeinden (Größenklasse 1). Außer in Ostholstein und Pinneberg findet man in allen anderen Kreisen den Größentyp 200 bis 500 Einwohner am häufigsten. Im Kreis Plön hat sogar ungefähr jede zweite Gemeinde diese Größe. In den Kreisen Flensburg-Land und Stormarn fallen 38% und 37% der Gemeinden in diese Größenklasse, aber während ihr Bevölkerungsanteil in Flensburg-Land 14% beträgt, sind es in Stormarn nur 7%. Die Kreise Ostholstein und Pinneberg zeigen ein völlig anderes Bild. Hier sind gar nicht (Ostholstein) oder kaum (Pinneberg) die Kleinstgemeinden vertreten und nur unterdurchschnittlich die kleinen Gemeinden mit 200 bis 500 Einwohnern. Es dominieren Gemeinden ab 1 000 Einwohner. Recht häufig treten die Größenklasse 2 000 bis 5 000 Einwohner (jeweils ungefähr 16%) auf und besonders in Ostholstein die Großgemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung des Kreises Pinneberg leben in Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr, ein weiteres Anzeichen für die schon angesprochene Verstädterung dieses Gebietes. Man muß allerdings beachten, daß die kreisweise verschiedenartigen Größenstrukturen der Gemeinden nicht nur auf wirtschaftliche und soziale Faktoren zurückzuführen sind, sondern vor allem auch auf verwaltungspolitisch bedingte Gebietsänderungen.

Die folgende Tabelle zeigt, in welchem Umfang Größenveränderungen bei den 1 270 Gemeinden des Landes 1970 gegenüber 1961 stattgefunden haben. Da einheitlich der Gebietsstand des Stichtages der letzten Volkszählung zugrunde gelegt wurde, sind die in der Tabelle ausgewiesenen Veränderungen ausschließlich auf Wanderungs- und Geburten-/Sterbefall-Salden zurückzuführen.

Gegenüber 1961 ist die Zahl der Kleinstgemeinden leicht gewachsen, weil 23 Gemeinden, die 1961 noch in die Größenklasse 2 gehörten, in die niedrigste Größenklasse absanken, während andererseits 15 Gemeinden, die 1961 noch unter 200 Einwohner hatten, in die Größenklasse 2 aufstiegen. 32 Gemeinden waren 1970 weniger in der Klasse 2 als 1961. Das kommt - abgesehen von den im vorigen Satz beschriebenen Veränderungen - daher, daß 45 Gemeinden die 500-Einwohner-Grenze überschritten - eine von diesen, nämlich Wesseln bei Heide, sogar die 1 000-Einwohner-Grenze - auf der anderen Seite aber nur 21 von der Größenklasse 3 in 2 rutschten. In allen übrigen Größenklassen gab es 1970 mehr

Zugehörigkeit der Gemeinden zu Größenklassen 1961 und 1970

einheitlicher Gebietsstand: 27. 5. 1970

6. 6. 1961		Zahl der Gemeinden mit ... Einwohnern am 27. 5. 1970									
Größenklasse	Zahl der Gemeinden	unter 200	200 bis 500	500 bis 1 000	1 000 bis 2 000	2 000 bis 5 000	5 000 bis 10 000	10 000 bis 20 000	20 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	mehr als 100 000
unter 200	205	190	15								
200 – 500	475	23	407	44	1						
500 – 1 000	306		21	253	32						
1 000 – 2 000	142			12	115	15					
2 000 – 5 000	77				1	67	9				
5 000 – 10 000	35						29	6			
10 000 – 20 000	15							14	1		
20 000 – 50 000	11								10	1	
50 000 – 100 000	2									2	
mehr als 100 000	2										2
Insgesamt	1 270	213	443	309	149	82	38	20	11	3	2

Gemeinden als 1961, ausgenommen die Klassen 8 und 10, die konstant blieben.

Etwa 53% der Gemeinden des Landes haben ihre Einwohnerzahl erhöht, genau 9 Gemeinden sie konstant gehalten (1%), und mithin war in 46% der Gemeinden die Wohnbevölkerung rückläufig. Die ohnehin schon kleinsten Gemeinden haben am häufigsten abgenommen. Mehr als zwei Drittel konnten ihre Einwohnerzahl nicht halten. Abwanderungen dürften dafür die Hauptursache sein. Obwohl nur etwa in einem Drittel dieser Gemeinden die Einwohnerzahlen zugenommen haben, ist die Gesamtbevölkerung, die in dieser Größenklasse 1970 lebte, gegenüber 1961 leicht gestiegen. Das liegt einmal daran, daß, wie schon gesagt wurde, sich die Anzahl der Gemeinden in dieser Größenklasse erhöht hat. Zum anderen muß die Durchschnittsgröße der expansiven Gemeinden größer sein als die der regressiven. In der nächsten Größenklasse gab es ebenfalls mehr Gemeinden mit sinkenden als steigenden Einwohnerzahlen aber mit der Folge, daß sich die Bevölkerungszahl insgesamt hier um 11 800 verringerte, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Anzahl der Gemeinden in dieser Größenklasse auch um 32 abnahm. Alle anderen Größenklassen zeigten deutlich positive Entwicklungen.

In etwa drei Vierteln der Gemeinden des Landes veränderte sich die Wohnbevölkerung bis zu 15%. Krasse Steigerungen waren häufiger als krasse Abnahmen: 35 Gemeinden konnten ihre Bevölkerung um 50% und mehr vergrößern, davon allein 8 verdoppeln, während andererseits in keiner Gemeinde die Einwohnerzahl um die Hälfte und mehr abnahm.

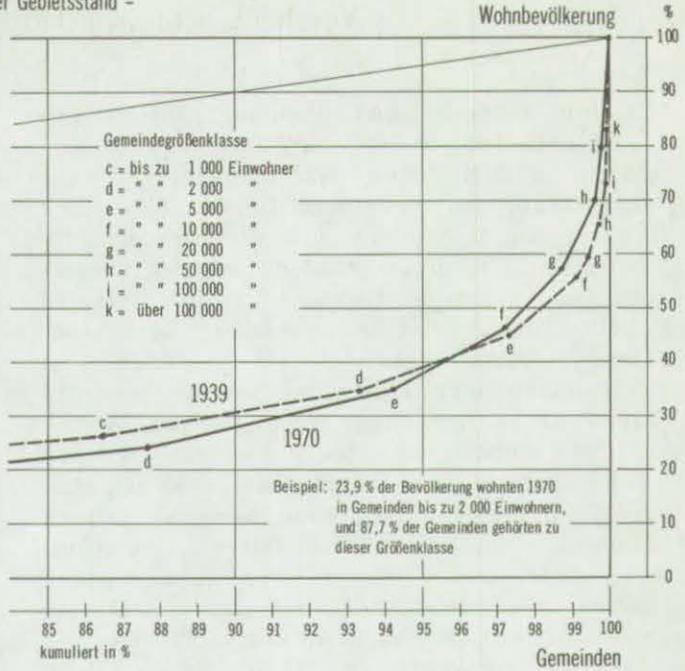
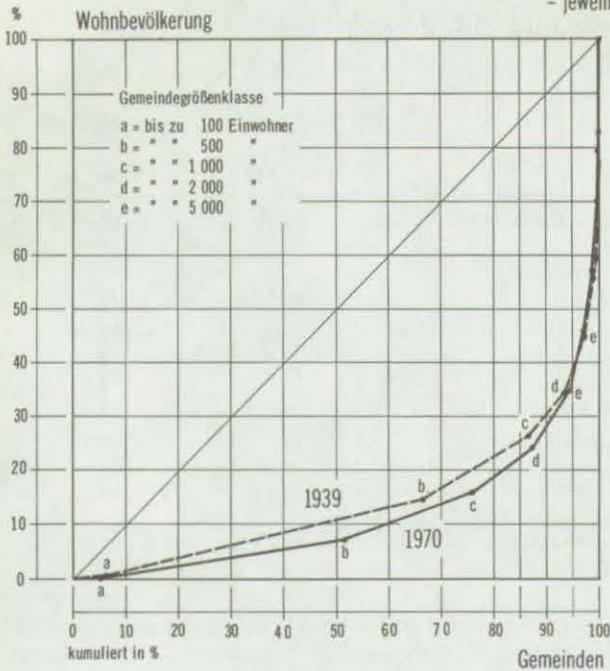
Zur Veranschaulichung des Verstärkungsprozesses im Zeitvergleich eignet sich gut die Konzentrationskurve nach Lorenz. Die Übersicht zeigt die Bevölkerungsverteilungen der Jahre 1939 und 1970 auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen. Dabei ist der jeweilige Gebietsstand zugrundegelegt worden. Die Größenstruktur der Gemeinden hat sich in den dazwischen liegenden 31 Jahren allerdings nicht grundsätzlich geändert: 1939 gab es 1 381 Gemeinden und damit 111 mehr als 1970. Die Gemeinden, die im Zuge von Gebietsveränderungen aufgelöst worden sind, waren im wesentlichen Kleingemeinden mit weniger als 500 Einwohnern.

Die 45°-Achse in der Übersicht zeigt den fiktiven Fall einer völlig gleichmäßigen Verteilung: jede Gemeinde des Landes hat die gleiche Einwohnerzahl. Die tatsächliche Verteilung wird um so einseitiger, je stärker die Lorenzkurven ausgebuchtet sind. Man erhält den Kurvenverlauf, indem man die Werte der einzelnen Gemeindegrößenklassen in aufsteigender Folge kumuliert. So zeigt der Abschnitt a der Lorenzkurve für 1939, daß nur 0,4% der Bevölkerung in 6,2% aller Gemeinden wohnten, Teil a + b, daß 14,4% der Bevölkerung in 66,5% der Gemeinden wohnten usw.

Man erkennt deutlich, daß der Konzentrationsprozeß im Betrachtungszeitraum sich weiter fortgesetzt hat: Die Kurve für 1970 ist stärker ausgebuchtet als die für 1939, 1970 bevorzugte also ein größerer Teil der Bevölkerung einen ständigen Aufenthalt in größeren Orten. Vergleicht man die Verhältnisse in Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern miteinander (Abschnitte

Bevölkerungsverteilung in Schleswig-Holstein 1970 gegenüber 1939

- jeweiliger Gebietsstand -



a bis d), so stellt sich heraus, daß 1939 93,3% aller Gemeinden diese Größenklasse hatte und mehr als ein Drittel der Bevölkerung des Landes in ihnen lebte, dagegen 1970 88% aller Gemeinden hierzu gehörte und nur 24% der Bevölkerung. In der Größenklasse 2 000 bis 10 000 Einwohner (Abschnitte e + f) haben sich die Bevölkerungsanteile (1939: 21,3%; 1970: 22,2%) nur wenig geändert, obwohl 1970 der Anteil der Gemeinden, die zu dieser Größenklasse zählten, sich um 4 Punkte gegenüber 1939, nämlich auf 9,5%, erhöht hat. Kleinere und mittelgroße Städte (10 000 bis 50 000 Einwohner) haben dagegen erheblich an Bedeutung gewonnen: Fast ein Viertel der Bevölkerung des Jahres 1970 lebte dort, während es 1939 noch nicht einmal 10% waren. In geringerem Ausmaß gilt das auch für Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern, wogegen die Bevölkerungsanteile der Großstädte von 27% auf 20% zurückgingen. In Schleswig-Holstein haben also Klein- und Mittelstädte zu Lasten der Landgemeinden und Großstädte an Bedeutung für die Wohnortwahl gewonnen.

Das letzte Bild, das gleichsam eine Vergrößerung der letzten Abschnitte der Kurven des vorigen Bildes ist, indem nämlich die Horizontalachse "auseinandergezogen" wurde, die Vertikalachse jedoch ihren Maßstab behalten hat, zeigt die Veränderungen noch deutlicher. Der Bereich g bis i (10 000 bis unter 100 000 Einwohner) der 70er Kurve liegt sichtbar vor der 39er Kurve. Zu diesem Bereich zählen etwa 33% der Wohnbevölkerung 1970 und 17% der des Jahres 1939. Der Bevölkerungsanteil in Großstädten (Abschnitt k) ist dagegen 1939 um 7 Punkte höher. Wie man in dem ersten Bild sieht, schneiden sich beide Kurven dort, wo gut 40% der Bevölkerung in knapp 96% der Gemeinden lebten. Das bedeutet, daß zu Beginn des 2. Weltkrieges 40% der Landesbevölkerung in Gemeinden bis zu 2 000 und zum Teil in solchen mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern wohnten, am Volkszählungstichtag 1970 dagegen alle Gemeinden bis unter 5 000 Einwohnern dazu gehörten und darüber hinaus zum Teil diejenigen mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern.

Jörg Rüdel

Gebäude und Wohnungen 1968

Vergleich Schleswig-Holstein und Bundesgebiet

Mit der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968 wurde, zwölf Jahre nach der letzten ausführlichen Wohnungszählung im Jahre 1956, im gesamten Bundesgebiet der Bestand an Gebäuden und Wohnungen aufgenommen. In diese Zählung wurden Wohngebäude, sonstige Gebäude (zum Beispiel Fabrik- und Verwaltungsgebäude, Geschäftshäuser, Anstaltsgebäude), Wochenend- und Ferienhäuser und ständig bewohnte Unterkünfte (zum Beispiel Baracken, Behelfsheime, Wohnschiffe) einbezogen. Nicht erfasst wurden Anstaltsgebäude und Wohnheime, in denen sich nur Wohngelegenheiten, aber keine Wohnungen befanden. In den ermittelten Gebäuden, Wochenend- und Ferienhäusern sowie Unterkünften wurden alle Wohnungen und Wohngelegenheiten gezählt; letztere haben im Gegensatz zu Wohnungen keine eigene Küche oder Kochnische oder liegen - auch mit solchen - im Kellergeschoß oder in Unterkünften.

Nachdem das Ergebnis dieser Zählung für das Bundesland Schleswig-Holstein bereits mit Darstellungen nach verschiedenen Gesichtspunkten erläutert¹ wurde, sollen nunmehr die Ergebnisse mit denen der anderen Bundesländer verglichen und damit verbunden die Gebäude- und Wohnungsstruktur Schleswig-Holsteins der des gesamten Bundesgebiets gegenübergestellt werden.

Schleswig-Holstein hat den stärksten Wohnungszuwachs

Am Zählungstichtag gab es im Bundesgebiet rund 8,8 Millionen Wohngebäude. Damit ist die Zahl der Wohngebäude in den letzten sieben Jahren seit den gebäude- und wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der Volkszählung 1961 um etwa 19% gestiegen. Schleswig-Holstein verzeichnete in diesem Zeitraum eine um 3% höhere Zunahme als der Bund und wurde nur von Niedersachsen leicht übertroffen. Über dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs lagen außer diesen beiden Ländern nur noch Hessen und Bayern.

Ein noch günstigeres Bild ergibt sich für Schleswig-Holstein bei den Wohnungen (in

Land	Zunahme 1968 gegenüber 1961 in %	
	Wohngebäude	Wohnungen
Schleswig-Holstein	22,2	23,7
Hamburg	18,1	21,5
Niedersachsen	22,5	22,9
Bremen	18,3	22,3
Nordrhein-Westfalen	18,4	17,3
Hessen	20,8	22,0
Rheinland-Pfalz	16,1	14,0
Baden-Württemberg	18,4	22,0
Bayern	19,6	22,2
Saarland	15,3	12,1
Berlin (West)	17,2	14,1
Bundesgebiet	19,2	19,8

Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden), denn hier liegt Schleswig-Holstein mit einem Anstieg von fast 24% seit 1961 an der Spitze aller Bundesländer. Im gesamten Bundesgebiet erhöhte sich die Zahl der Wohnungen in dieser Zeitspanne um knapp 20%. Ganz erheblich hinter dieser bundesdurchschnittlichen Entwicklung blieben das Saarland, Rheinland-Pfalz und Berlin zurück. Außer diesen drei Bundesländern lag nur noch Nordrhein-Westfalen unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Zahl der Unterkünfte ist im gesamten Bundesgebiet stark rückläufig, denn seit 1961 ist ihr Bestand um rund 56% auf knapp 105 000 gesunken. In Schleswig-Holstein ging die Zahl der Unterkünfte mit fast derselben Rate auf rund 7 300 zurück. Eine wesentlich günstigere Entwicklung verzeichneten die Stadtstaaten Bremen und Berlin.

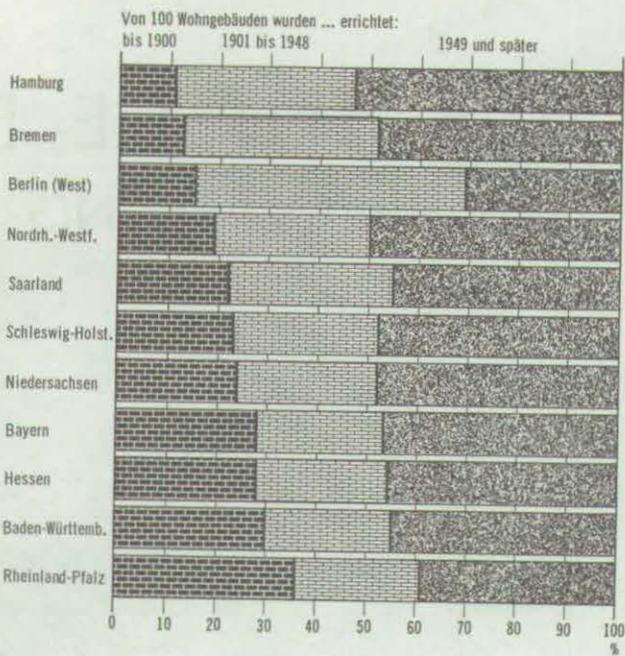
Jedes zweite Wohngebäude entstand nach 1948

Jedes vierte Wohngebäude im Bundesgebiet wurde bereits vor 1901 errichtet. Die Anteilswerte dieser alten Wohngebäude streuen in den einzelnen Bundesländern sehr stark von knapp 11% in Hamburg bis 36% in Rheinland-Pfalz. Ähnlich günstig wie in Hamburg sind die Verhältnisse in den beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Berlin. In Schleswig-Holstein sieht es mit einem Anteil von knapp 23% etwas besser als im Bundesdurchschnitt aus.

Andererseits ist fast jedes zweite Wohngebäude im Bundesgebiet erst nach 1948 gebaut worden. Hier liegt Schleswig-Holstein mit einem Anteil der Neubauten von fast 48% um

¹) siehe in dieser Zeitschrift: 1970, S. 131 (Juni) und S. 268 (November), ferner "Gebäude und Wohnungen 1968 nach Gemeindegrößenklassen" 1971, S. 33 (Februar), "Die Wohnverhältnisse der älteren Einwohner" 1971, S. 131 (Juli) und "Die Struktur der Mieten in Schleswig-Holstein" 1972, S. 5 (Januar)

Wohngebäude nach dem Baualter



gut einen Punkt über dem Bundesdurchschnitt. Vor Schleswig-Holstein rangieren aber noch Hamburg (53%), Nordrhein-Westfalen (50%), Niedersachsen (49%) und Bremen (49%).

4% der Wohngebäude mit mangelhafter Wasserversorgung

Neben dem Baualter kann als weiteres Merkmal für die qualitative Abstufung der Wohngebäude die Wasserversorgung herangezogen werden. Als normale Wasserversorgung gilt neben dem Anschluß an das Wassernetz auch eine eigene Wasserversorgungsanlage durch mechanisch betriebene Pumpe mit Wasserhahn im Gebäude.

Land	Wohngebäude mit mangelhafter Wasserversorgung	
	Wasserversorgung	Fäkalienbeseitigung
	in % aller Wohngebäude	
Schleswig-Holstein	3,9	14,0
Hamburg	0,6	3,8
Niedersachsen	3,6	16,5
Bremen	1,5	4,8
Nordrhein-Westfalen	0,9	8,7
Hessen	0,3	12,4
Rheinland-Pfalz	0,4	20,8
Baden-Württemberg	1,0	27,2
Bayern	3,8	21,0
Saarland	0,1	6,6
Berlin (West)	0,4	7,3
Bundesgebiet	1,8	16,0

Mit normaler Wasserversorgung waren in Schleswig-Holstein 96% aller Wohngebäude ausgestattet. Also immerhin noch 4% der schleswig-holsteinischen Wohngebäude hatten eine mangelhafte Wasserversorgung durch Handpumpe oder Brunnen oder keine Wasserversorgung im Gebäude. Ähnlich ungünstige Ergebnisse wurden in Bayern und Niedersachsen festgestellt. Im Bundesdurchschnitt hatten nur knapp 2% der Wohngebäude eine mangelhafte Wasserversorgung. Kennzeichnend für die drei genannten Länder ist weiterhin der verhältnismäßig niedrige Anteil der Wohngebäude mit Anschluß an das Wassernetz und der dafür verhältnismäßig hohe Anteil der Wohngebäude mit eigener Wasserversorgungsanlage von knapp 19% in Schleswig-Holstein, 16% in Niedersachsen und 11% in Bayern gegenüber einem Bundesdurchschnitt von gut 7%.

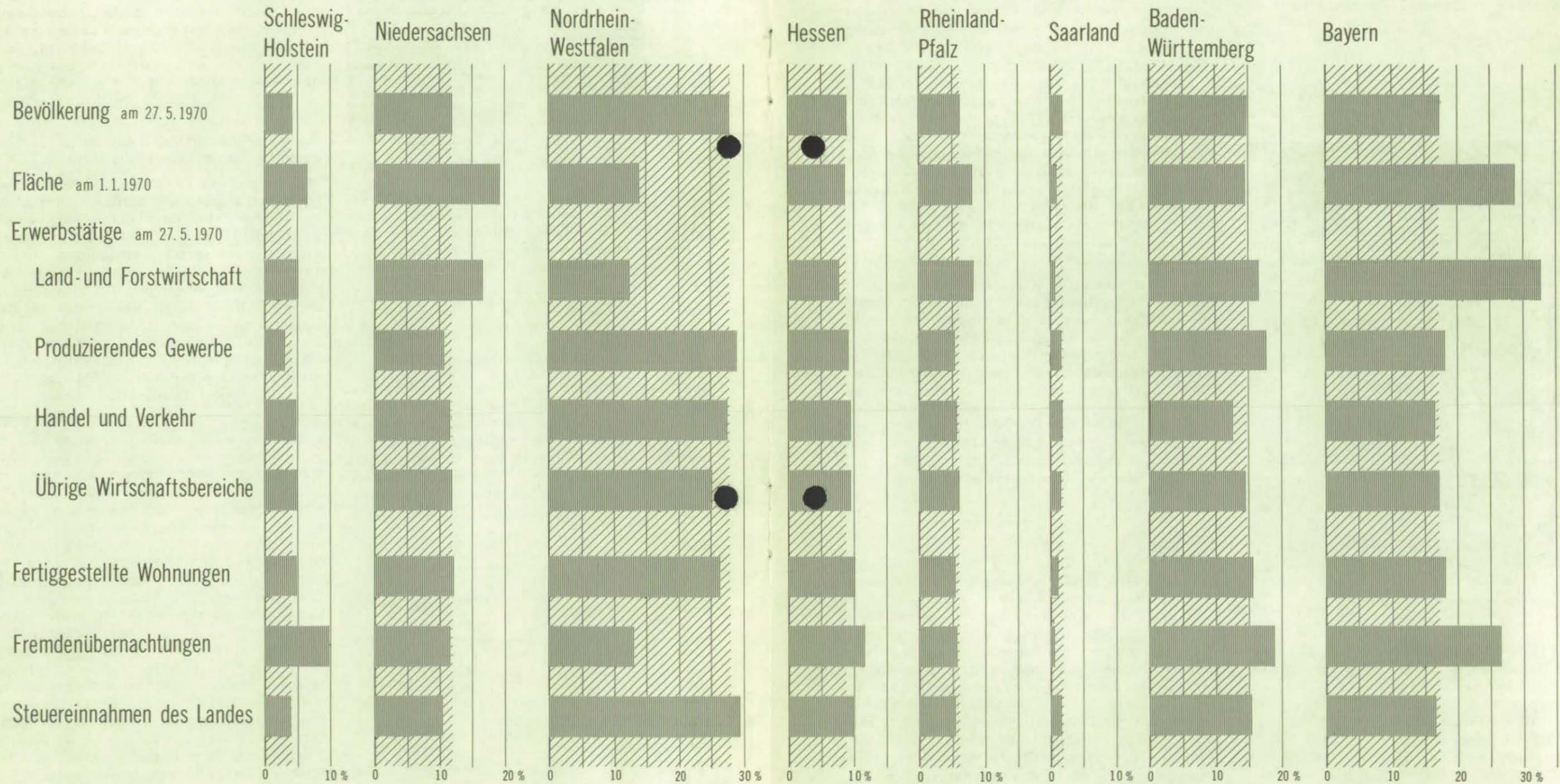
Noch zu viele Wohngebäude mit unzureichender Fäkalienbeseitigung

Mit der Art der Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung steht ein drittes Merkmal für die qualitative Abstufung der Wohngebäude zur Verfügung. Hiernach gehören die Wohngebäude mit Anschluß an die Kanalisation für Fäkalien zur besten Ausstattungsstufe. Aber im Bundesdurchschnitt genügen nur 57% der Wohngebäude dieser Anforderung. Neben den Stadtstaaten liegen in dieser Ausstattungsstufe nur Nordrhein-Westfalen und Hessen über dem Bundesdurchschnitt. In Schleswig-Holstein hat nicht einmal jedes zweite Wohngebäude einen Anschluß an die Kanalisation.

Andererseits muß aber auch die Hauskläranlage noch zu einer normalen Ausstattung gerechnet werden. Und da in Schleswig-Holstein 38% der Wohngebäude derartig ausgestattet sind, verbessert sich die Position für Schleswig-Holstein wesentlich. Trotzdem blieben noch 14% der Wohngebäude mit unzureichender Beseitigung der Fäkalien übrig. Diesen Gebäuden mit unzureichenden Einrichtungen werden die mit Kanalanschluß nur für Abwässer, mit Fäkalienabfuhr aus einer Sammelgrube, mit Ableitung ohne Kläranlage in einen Graben oder in Gewässer und mit ganz fehlender Fäkalienableitung zugeordnet. Im Bundesgebiet fallen 16% der Wohngebäude in diese schlechteste Ausstattungsstufe, so daß die Verhältnisse in Schleswig-Holstein noch etwas besser als im Bundesdurchschnitt sind. Sehr viele Wohngebäude mit unzureichender Beseitigung der Fäkalien gibt es noch in Baden-Württemberg (27%), Bayern und Rheinland-Pfalz (jeweils 21%). Neben den Stadtstaaten schneiden hier vor allem das Saarland (7%) und Nordrhein-Westfalen (9%) gut ab.



DIE ANTEILE DER LÄNDER 1970 AN BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT DES BUNDESgebietES



Anmerkungen:
 Die Stadtstaaten sind nicht mit dargestellt, aber für die Berechnung der Anteile in der Bundessumme eingeschlossen.
 Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des Landes an der Bundessumme des Merkmals.
 Der Bevölkerungsanteil ist zum Vergleich als Rasterband fortgesetzt.

Ausstattung: Land an hervorragender Stelle

Die Qualität einer Wohnung wird vor allem daran gemessen, wie sie mit sanitären Einrichtungen ausgestattet ist und wie sie beheizt wird. Zur besten Gruppe gehören ohne Zweifel die Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung. Im Bundesgebiet waren 30% der Wohnungen derartig gut ausgestattet. In Schleswig-Holstein betrug ihr Anteil 37%, womit Schleswig-Holstein nach den Stadtstaaten an der Spitze der Flächenländer steht. Dagegen gehört in Bayern, im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nicht einmal jede vierte Wohnung zu dieser Ausstattungsstufe.

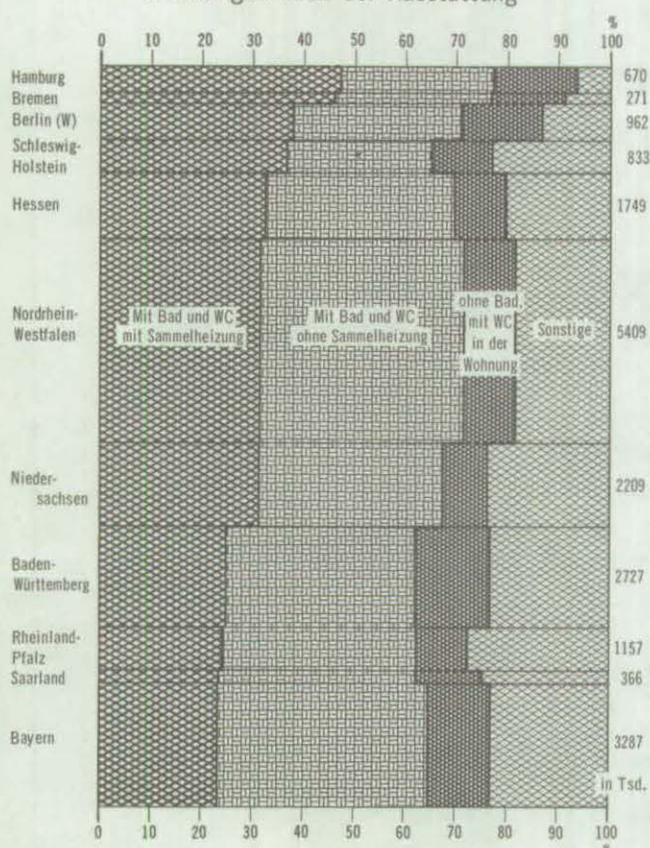
sind sogar überdurchschnittlich viele, nämlich 23% aller Wohnungen derartig schlecht ausgestattet. Noch stärker vertreten ist diese Gruppe in Rheinland-Pfalz mit 28%, gefolgt vom Saarland mit 25% und Niedersachsen mit 24%. Hier liegt also noch ein weites Feld für Sanierungsmaßnahmen.

Man kann die Wohnungen auch nach der Art der Beheizung qualifizieren. 32% der Wohnungen im Bundesgebiet hatten Sammelheizung. Auch hier liegt Schleswig-Holstein wie bei den bestausgestatteten Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung mit einem Anteil von 41% erheblich über dem Bundesdurchschnitt und wird nur von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit einem Anteil von jeweils 50% übertroffen. Wohnungen mit Sammelheizungen gibt es dagegen in Bayern (24%), im Saarland (26%), in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (27%) noch recht selten. In diesen vier letztgenannten Bundesländern werden dafür die Wohnungen überdurchschnittlich häufig durch Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas oder Strom beheizt. Während im Bundesdurchschnitt 21% der Wohnungen mit derartigen Öfen beheizt wurden, waren es im Saarland 33%, in Baden-Württemberg und Bayern 30% und in Rheinland-Pfalz 29%.

Noch fast jede zweite Wohnung wird im Bundesgebiet in der herkömmlichen Weise durch Einzel- oder Mehrraumöfen für Kohle, Holz und Torf beheizt. Schleswig-Holstein liegt in dieser Kategorie beim Bundesdurchschnitt, während es in Bremen und Hamburg sowie in Hessen wesentlich besser und in Berlin und Nordrhein-Westfalen wesentlich schlechter aussieht. Für die Umstellung auf eine modernere und weniger arbeitsaufwendige Beheizungsart wird man allerdings mit einer längeren Periode rechnen müssen.

D - 4335

Wohnungen nach der Ausstattung *



*) ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern

Mit Bad und WC - ohne Berücksichtigung der Heizung - sind 68% der Wohnungen im Bundesgebiet ausgestattet. Erwartet man als Mindestausstattung ein WC in der Wohnung, dann genügen 79% der Wohnungen im Bundesgebiet dieser Anforderung. Mindestens jede fünfte Wohnung hat also kein WC. Zu diesen Wohnungen gehört entweder ein WC außerhalb der Wohnung im Gebäude (zum Beispiel auf halber Etage oder im Keller), ein WC außerhalb des Gebäudes oder sie haben nur Toiletten ohne Wasserspülung. In Schleswig-Holstein

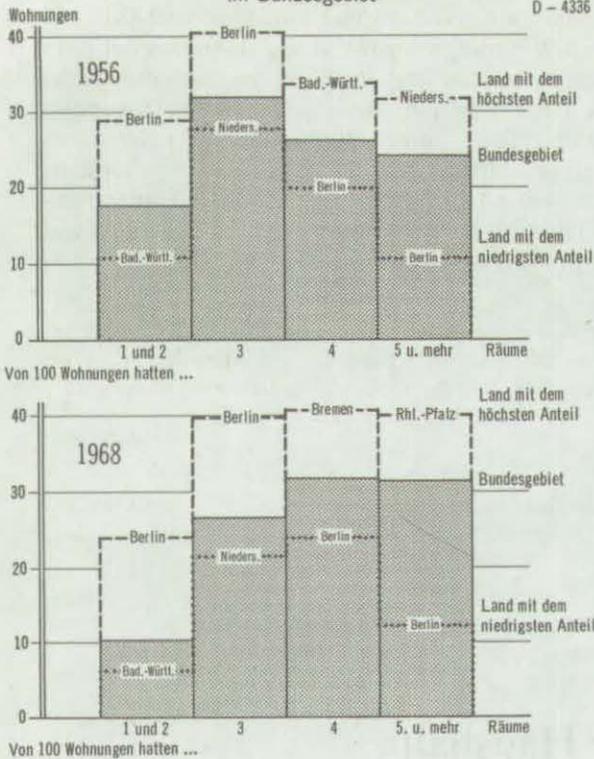
Trend zur größeren Wohnung

Fast zwei Drittel aller Wohnungen im Bundesgebiet haben vier und mehr Räume und nur etwa jede zehnte Wohnung ist eine ausgesprochene Kleinwohnung mit ein bis zwei Räumen. Zu den Räumen einer Wohnung gehören neben Wohn- und Schlafräumen auch Küche, untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Nicht dazu gehören Nebenräume wie Badezimmer, Toilette, Flur, Speise- und Abstellkammer. Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt. Gegenüber 1956 ist im Bundesgebiet der Anteil der Kleinwohnungen von 18% auf 10% gesunken, während der Anteil der Wohnungen mit vier und mehr Räumen von 50% in hohem Maße, nämlich um 13 Punkte, auf 63% angestiegen

Wohnungen nach der Raumzahl

im Bundesgebiet

D - 4336



ist. Der Trend zu größeren Wohnungen ist also offensichtlich.

In Schleswig-Holstein ist dieser Trend zur größeren Wohnung noch stärker als im Bundesdurchschnitt, denn hier ist der Anteil der Wohnungen mit vier und mehr Räumen gegenüber 1956 sogar um 15 Punkte auf 65% angestiegen. Fast jede dritte Wohnung in Schleswig-Holstein hat heute bereits fünf und mehr Räume.

Einen anderen Gesichtspunkt erschließt die Frage, welche Wohnungsgröße am häufigsten vorkommt. Während 1956 im Bundesgebiet die Wohnungen mit drei Räumen überwogen (31,9%), waren es 1968 die Wohnungen mit vier Räumen (31,8%), wobei die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen mit einem Anteil von 31,4% dichtauf folgen. Für die Länder gelten im allgemeinen dieselben Verhältnisse, mit Ausnahme von Niedersachsen und Baden-Württemberg, wo bereits 1956 die Vierraumwohnungen (Baden-Württemberg) und sogar die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen (Niedersachsen) der häufigste Typ waren. 1968 dagegen liegt für die meisten Länder das Maximum bei den Vierraumwohnungen, in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und im Saarland jedoch schon bei den Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, und in Berlin immer noch bei den Dreiraumwohnungen.

Jede dritte Wohnung im Eigentum

Mindestens jede dritte Wohnung im Bundesgebiet war eine Eigentümerwohnung. Zu den Eigentümerwohnungen gehören die von Gebäudeeigentümern oder deren Angehörigen bewohnten Wohnungen und die Eigentümerwohnungen. In Schleswig-Holstein war 1968 die Bildung von Eigentum an Wohnungen etwas weiter fortgeschritten als im Bundesdurchschnitt. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist die Eigentumsbildung am weitesten gediehen, denn jede zweite Wohnung ist eine Eigentümerwohnung, womit sich auch der hohe Anteil der Wohngebäude mit ein und zwei Wohnungen erklären läßt. Außer in den Stadtstaaten, von denen insbesondere Berlin mit 8% und auch Hamburg mit 16% nur einen geringen Anteil an Eigentümerwohnungen aufweisen können, liegt nur noch in Nordrhein-Westfalen die Eigentumsbildung unter dem Bundesdurchschnitt.

Immer weniger Unterkünfte

Wie bereits erläutert, zählen Wohneinheiten nur dann als Wohnungen, wenn sie eine eigene Küche oder Kochnische haben. Davon ausgenommen sind aber Kellerwohnungen. Diese zählen zusammen mit den Wohneinheiten in Wohn- und Nichtwohngebäuden ohne eigene Küche oder Kochnische und den Wohneinheiten in Unterkünften zu den Wohngelegenheiten.

Im Bundesgebiet wurden insgesamt 563 660 ständig bewohnte Wohngelegenheiten gezählt, das sind 2,8% der gesamten Wohneinheiten ohne die in Wochenend- und Ferienhäusern. Von diesen ständig bewohnten Wohngelegenheiten lagen drei Viertel in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden und ein Viertel in

Land	Ständig bewohnte Wohngelegenheiten	
	Anzahl	in % ¹
Schleswig-Holstein	20 274	2,4
Hamburg	25 478	3,7
Niedersachsen	74 070	3,2
Bremen	5 125	1,9
Nordrhein-Westfalen	208 712	3,7
Hessen	38 464	2,2
Rheinland-Pfalz	20 747	1,8
Baden-Württemberg	61 881	2,2
Bayern	83 720	2,5
Saarland	6 348	1,7
Berlin (West)	18 841	1,9
Bundesgebiet	563 660	2,8

¹) aller Wohnungen und Wohngelegenheiten (ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern)

Unterkünften. In Schleswig-Holstein wurden noch 20 274 Wohngelegenheiten ständig bewohnt, das sind nur 2,4%. Diese Wohngelegenheiten befanden sich je zur Hälfte in Unterkünften und in Wohn- und sonstigen Gebäuden.

Verhältnismäßig viele Wohngelegenheiten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt werden noch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg als ständiger Wohnsitz benutzt. Als weiterer Nachteil kommt in Hamburg hinzu, daß 75% der Wohngelegenheiten in Unterkünften liegen, wogegen sich in Nordrhein-Westfalen 83% der Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden befinden.

Abschließend kann aber festgestellt werden, daß die Zahl der ständig bewohnten Wohngelegenheiten im gesamten Bundesgebiet von untergeordneter Bedeutung ist. Berücksichtigt man, daß nur ein Viertel dieser Wohn-

gelegenheiten in Unterkünften liegt und außerdem von den Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden 23% mit Bad und WC ausgestattet sind, dann verbessert sich das Bild noch. Außerdem ist die Zahl der in Unterkünften untergebrachten Personen zwischen 1961 und 1968 ganz erheblich, nämlich um 61%, auf knapp 427 000 gesunken. In Schleswig-Holstein nahm dieser Personenkreis im gleichen Zeitraum sogar um 65% auf etwa 31 000 Personen ab.

Das Zahlenmaterial wurde der Fachserie E "Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen", Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968, Heft 3 entnommen (Statistisches Bundesamt).

Peter Möller

Vergleiche auch: "Gebäude und Wohnungen nach Art, Alter und Ausstattung" in *Wirtschaft und Statistik* 1970, S. 381 (August)

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Nach den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahre 1969 von einem Gesamtbruttosozialprodukt von 603 Mrd. DM allein 334 Mrd. DM oder 55 % für den privaten Verbrauch verwendet. Demgegenüber beliefen sich die Anlageinvestitionen der Wirtschaft nur auf 146 Mrd. DM oder 24 %. Das zeigt, daß in einer hochentwickelten Volkswirtschaft die Nachfrage der privaten Haushalte eine erhebliche, wenn nicht sogar die entscheidende Bedeutung für die Wirtschaft hat. Aber nicht nur durch ihren Umfang beeinflusst sie das Wirtschaftsgeschehen, sondern auch durch ihre Struktur, die umso differenzierter ist, je stärker sich die Gesellschaft von einer Armuts- zu einer Wohlstandsgesellschaft wandelt.

Während die Nationalökonomie früher die dominierende Rolle im Wirtschaftsgeschehen eines Landes dem Unternehmer zuwies, weil er Investitions- und Produktionsmengen und -modalitäten bestimmte und damit indirekt die Einkommensverteilung lenkte, und während sie daneben noch je nach dem herrschenden politischen und wirtschaftlichen System einen mehr oder weniger großen Einfluß des Staates auf die Wirtschaft anerkannte, weil er etwa eine Politik der Umverteilung der Einkommen oder eine Politik zur Glättung der Konjunkturausschläge

betrieb und einzelne Produktionszweige und Gegenden unterstützte, gewinnt heute die Erkenntnis immer mehr Geltung, daß dem Verhalten der Verbraucher und seinen Änderungen ein bedeutungsvoller Einfluß auf den gesamten Wirtschaftsablauf zukommt¹.

Dieser Wandel wird vor allem vom Verbraucher selbst bewirkt, der auch in wohlhabenderen Volkswirtschaften vor noch nicht allzulanger Zeit eher eine passive Rolle spielte, jetzt aber aus der Anonymität heraustritt und sich zu artikulieren und zu formieren anfängt. Die Möglichkeit dazu bietet ihm die Tatsache, daß er mit zunehmendem Einkommen einen größeren Freiheitsgrad in der Wahl seiner Ausgaben erlangt. Solange er genötigt war, den allergrößten Teil seines Einkommens darauf zu verwenden, den Existenzbedarf zu decken, und solange er nicht daran denken konnte, einen größeren Teil seines Einkommens für Produkte des gehobenen und des Luxusbedarfs und für das Sparen einzusetzen, konnte er sich als Wirtschaftsfaktor nicht zur Geltung bringen. Je größer aber die verfügbaren Einkommen der Verbraucher und damit seine Abzahlungs- und Kreditmöglichkeiten werden, desto stärker

1) Vergleiche: Emil Küng, "Konsumtheorie" in *GFM-Mitteilungen* 1971, Heft 4, Seite 95 ff.

kann er die Konjunktorentwicklung sowohl in expansiver wie auch in restriktiver Richtung mitbestimmen.

Das Einkommen ist allerdings nicht der einzige Bestimmungsgrund für den Strom der Verbrauchsausgaben, zumindest nicht in seiner absoluten Höhe. Man muß vielmehr den einzelnen Haushalt in seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen und innerhalb der gesamten Einkommenspyramide sehen, weil von Aufwandsnormen oder Verbrauchsverpflichtungen, die in den Gesellschaftsschichten bestehen, gewisse Konsumzwänge ausgehen oder weil Angleichungstendenzen aus dem Willen zum sozialen Aufstieg am Werk sein können. Außerdem sind die persönlichen Konsumgewohnheiten in Rechnung zu stellen, die dazu führen können, daß bei sinkendem Einkommen Ersparnisse liquidiert oder gar Schulden gemacht oder bei steigendem Einkommen die laufenden Ausgaben nur zögernd angepaßt werden.

Auch der typische Lebensrhythmus der Familien spielt eine Rolle: Er beginnt mit der Heirat, wo sich anfänglich die beiden (verdienenden) Ehegatten noch recht viel leisten können; er führt dann üblicherweise durch die Bedrängniszone, weil Kinder die Hausfrau mit Beschlag belegen und die Anschaffungen viel Geld verschlingen; erst allmählich bessert sich die finanzielle Lage bis zu dem Zeitpunkt, wo die Kinder ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und das Einkommen des Mannes sein Maximum erreicht hat.

Um eine Klärung dieser Zusammenhänge und Verflechtung wirtschaftlicher und sozialer Art, soweit sie Einkommenserzielung und -verwendung privater Haushalte betreffen, bemüht sich die Wirtschafts- und Sozialforschung, indem sie die sich ständig wandelnden Probleme mit mathematischen, statistischen und psychologischen Mitteln angeht. Das tut sie nicht um einer Theorie willen, sondern wegen der weitreichenden Auswirkungen, die Einkommensentwicklung und Verbrauchsverhalten privater Haushalte auf die Dispositionen des Einzel- und Großhandels, auf die Produktion und die Investitionen von Industrie und Bauwirtschaft sowie auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen aller Art haben. Darüberhinaus versucht die praktische Markt- und Konsumforschung den Fragenkomplex in spezieller und detaillierter Sicht zu durchleuchten und konkrete Fragestellungen einzelner Wirtschaftszweige und Unternehmen zu beantworten.

Für sämtliche Forschungsvorhaben liefert die amtliche Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte die statistischen Grundlagen. Im Gegensatz zur privaten Marktforschung, die sich ebenfalls des Hilfsmittels der Statistik bedient, ist die amtliche Statistik

nicht auf bestimmte Produkte einzelner Hersteller oder Herstellergruppen ausgerichtet, sondern erarbeitet mehr aus volkswirtschaftlicher Sicht einen allgemeinen Rahmen und Hinweise, die für alle Zweige der Wirtschaft und für die Wirtschaftspolitik maßgeblich sind. In Anbetracht dieser Aufgaben haben die amtlichen Stichproben einen Umfang, der - bei größerem finanziellen Aufwand - den der privaten Marktforschung um ein vielfaches übertrifft².

Der private Verbrauch vollzieht sich nun, soweit es um die letzte Verwendung von Gütern und Dienstleistungen geht, in Haushalten. Der Haushalt stellt eine Wirtschaftseinheit dar, deren Konsum- und Sparentscheidungen nach außen zwar von den Einzelpersonen vertreten werden, in der Regel aber von allen erwachsenen Haushaltsmitgliedern gefällt und getragen werden müssen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sind daher auf die Durchleuchtung der Einkommenserzielung und -verwendung von Haushalten, d. h. von zusammenwohnenden und insbesondere gemeinsam wirtschaftenden Personengruppen einschließlich der Einpersonenhaushalte ausgerichtet. In der Erhebung von 1962 wurden anfänglich rund 45 000 Haushalte, 1969 rund 53 000 Haushalte erfaßt, und 1973 sollen es rund 60 000 Haushalte sein. Der für die EVS 1973 im Oktober 1971 vorkalkulierte Aufwand beläuft sich auf rund 21 Mill. DM.

Der Verbrauch privater Haushalte schlägt sich in Käufen nieder, die sehr verschiedenartige Güter und Dienstleistungen zum Inhalt haben können. Einmal sind es diejenigen Gegenstände und Dienstleistungen, die häufig oder ständig ge- und verbraucht werden, zum anderen solche, die nur einmal oder in größeren Abständen benötigt oder angeschafft werden. Zu den ersteren gehören die Nahrungs- und Genußmittel, Kleidung und Schuhe, Wohnungsmiete, Elektrizität, Gas und Brennstoffe, Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege, für Bildung und Unterhaltung sowie der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung. Auf der anderen Seite stehen die sogenannten langlebigen Gebrauchsgüter, denen Gegenstände wie Personenkraftwagen, Fernseh- und Radiogeräte, Plattenspieler, Tonbandgeräte, Foto- und Filmapparate, Kühlschränke und Tiefkühltruhen, Küchenmaschinen aller Art, Nähmaschinen, Staubsauger, Waschautomaten und -schleudern zuzurechnen sind.

Die dauerhaften Konsumgüter, die in den Haushaltsrechnungen immer stärker in den Vordergrund treten, je größer der Wohlstand einer

2) Vergleiche: A. Sobotschinski, "Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten" in *Wirtschaft und Statistik* 1963, S. 655 ff. (November)

Volkswirtschaft wird, erfordern in der Regel für ihre Anschaffung verhältnismäßig große Summen, die nicht aus dem Einkommen eines Monats oder Jahres aufzubringen sind. Das kann zur Vermehrung von Abzahlungsgeschäften oder Kreditkäufen führen, seltener heutzutage zu einem Anstieg des Sparvolumens. Es ist nicht mehr ungewöhnlich, daß die Familien ihre zeitliche Einkommensgrenze überspringen, d. h. nicht mehr vorsparen, sondern abstottern, wie sich denn neuerdings häufig sogar im Wirtschaftsgebaren der Haushalte das Kausalverhältnis von Einkommenshöhe und Verbrauchsausgaben umkehrt, indem die Familien ihren Bedarf und ihre Ausgaben planen, so daß nunmehr die Konsumwünsche bestimmen, welches Einkommen z. B. durch Mitarbeit der Frau erzielt werden muß. Daraus ergibt sich, daß das gesamte Verbrauchsverhalten der Haushalte überdurchschnittlich vom Vorhandensein langlebiger Güter und Einrichtungsgegenstände bestimmt wird.

In hochentwickelten Volkswirtschaften hat außerdem die Nachfrage der privaten Haushalte nach dauerhaften Konsumgütern eine ausschlaggebende Bedeutung für den Konjunkturablauf³. Dieser Zusammenhang wird besonders in Krisenzeiten (Streik, Arbeitslosigkeit, Rezession) deutlich. Es gilt dann nicht mehr eine einigermaßen vorausberechenbare wirtschaftliche Kreislaufmechanik, sondern die Einschätzung der Zukunftsaussichten (d. h. des Beschäftigungsgrades, der Einkommensaufbesserungen und der Aufstiegsmöglichkeiten) durch weite Verbraucherkreise kann zu einer psychologisch bedingten Verstärkung wirtschaftlicher Restriktionen führen. Umfang und Richtung der Nachfrage insbesondere nach dauerhaften, meist teuren Gebrauchsgütern werden dann mehr als in normalen Zeiten von dem bereits erreichten Ausstattungsgrad der Haushalte bestimmt.

Um Licht in die im Umbruch begriffenen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Einkommens- und Vermögensbildung und deren Verteilung auf der einen Seite sowie zwischen Spar- und Konsumverhalten der privaten Haushalte auf der anderen Seite zu bringen und insbesondere die Schlüsselfunktion der langlebigen Gebrauchsgüter zu ergründen, ist ein umfassender Teil der Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Erfassung der langlebigen oder dauerhaften Wirtschaftsgüter gewidmet. In Verbindung mit anderen Erhebungsmerkmalen (Personenzahl der Haushalte, Einkommensgruppe, soziale Stellung und Beruf des Haushaltsvorstandes) läßt sich aus den Erhebungsergebnissen erkennen, ob und inwieweit in

Haushalten bestimmter Sozialstruktur eine vollständige Versorgung oder Sättigung mit Gütern dieser Art erreicht ist, so daß eine weitere Nachfrage in erster Linie von Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen bestimmt wird, oder ob Haushalte von bestimmter Größe oder bestimmtem Einkommen noch als neue Käufer-schichten in Betracht kommen und somit zusätzliche Märkte erschlossen werden können. Außerdem gestatten Angaben über die Anschaffungsjahre der betreffenden Güter Schlüsse auf die notwendigen Ersatzbeschaffungen, wobei den dauerhaften Gütern das konjunkturrelevante Merkmal anhaftet, daß unter ungünstigen Umständen ihre Nutzungsdauer verlängert werden kann. Die für die Wirtschaft so bedeutsamen Fragen, ob Ausbau, Stagnation oder Abbau der Absatzmärkte und damit Erweiterung oder Einschränkung der Produktion, der Lagerhaltung und der Investitionen sowie Einstellung oder Entlassung von Arbeitskräften zu erwarten sind oder erfolgen sollen, erhalten von dieser Erhebung wesentliche Antworten.

Daß darüber hinaus sozial- und gesellschaftspolitische Aufgaben von den Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu erfüllen sind, war im einleitenden Aufsatz dieser Reihe dargetan worden⁴. Dazu gehören vor allem Erkenntnisse über Formen und Größenordnung der Vermögensbildung in den privaten Haushalten, d. h. über ihre Ausstattung mit Haus- und Grundbesitz, mit Bausparverträgen, Lebensversicherungen, Wertpapieren sowie über ihre Spar-motive, -ziele und -neigungen; darüber soll in einem späteren Aufsatz berichtet werden.

Natürlich sind den Auskunftsbefürfnissen Grenzen gesetzt, wenn die Kosten der Statistik nicht ausufern sollen und ihre Auswertung nicht unvertretbar hinausgezögert werden soll. Also können längst nicht alle einschlägigen Fragen interessierter Stellen aus den Ergebnissen der EVS beantwortet werden. Außerdem haften den Einkommens- und Verbrauchsstichproben dieselben Mängel wie anderen Stichproben an. Sie sind hier größer, weil der Auswahl-satz der berichtenden Haushalte besonders klein gehalten wird. Es dürfen laut Gesetz höchstens 0,3% der Haushalte erfaßt werden, tatsächlich sind 1969 nur 0,25 % einbezogen worden.

Dadurch kommen insbesondere die regionalen Informationswünsche der kleineren Länder zu kurz. Schließlich kommt hinzu, daß eine EVS immer nur auf freiwilliger Mitarbeit der Haushalte beruhen kann, wenn sie brauchbare, d. h. hier wahrheitsgetreue, Ergebnisse liefern soll. Die Beteiligungsquote in den Schichten ist daher uneinheitlich, und die EVS vermag zunächst nur zuverlässige Durchschnittsergeb-

3) Vergleiche: J. Siebke, "Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern usw." Rechts- und Staatswiss. Diss. Bonn 1965

4) Vergleiche: Diese Zeitschrift 1971, S. 181 ff. (September)

nisse für Haushalte bestimmter sozialer Schichten zu liefern. Die Gesamtergebnisse enthalten dagegen Verzerrungen, die mit Hilfe von sogenannten persönlichen Hochrechnungsfaktoren beseitigt werden müssen. Diese sind für die EVS 1969 aus dem 1%-Mikrozensus vom April 1968 ermittelt worden. Was die Auswertung und Analyse der EVS-Ergebnisse für Wirtschaft und Wissenschaft betrifft, so können ausgehend von den Verbraucherschichten mit spezifischen Aufwands- und Konsumnormen Schlüsse auf die gesamte Verbraucherschaft gezogen werden.

Das umfassende Quellenwerk über die Ergebnisse der EVS 1969, soweit sie sich auf die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern beziehen, ist das vom Statistischen Bundesamt erarbeitete und bereits im Juli 1970 erschienene Heft 1 der Reihe 18 "Einkommens- und Verbrauchsstichproben" in der Fachserie M "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen". Ihm sind im Veröffentlichungsblatt des Statistischen Bundesamtes "Wirtschaft und Statistik" interpretierende Aufsätze von Reg.-Dir. M. Euler vorangegangen und gefolgt⁵, die im folgenden auszugsweise wiedergegeben werden. Diese Beiträge sind, wie sich versteht, keine erschöpfende Auswertung der Erhebungsergebnisse, sondern sollen an einigen Beispielen aufzeigen, welche Analysen anhand des Gesamtmaterials möglich sind.

Die Ausstattung mit Gebrauchsgütern

So wünschenswert es gewesen wäre, den Haushalten im Rahmen des Grundinterviews eine möglichst umfangreiche Liste von Gebrauchsgütern vorzulegen, mußte doch aus erhebungstechnischen Gründen eine Auswahl getroffen werden, die einzelne Gebrauchsgüter als Repräsentanten für die verschiedenen Bereiche des täglichen Lebens berücksichtigt. Schon der Übersichtlichkeit wegen erscheint es zweckmäßig, die ausgewählten Güter auf die drei Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Bildung und Unterhaltung sowie Haushaltsführung aufzuteilen.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

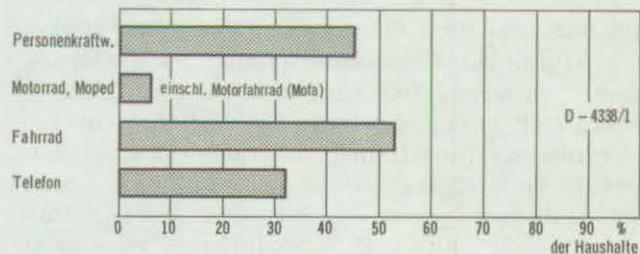
Bei den Gebrauchsgütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist der Besitz von Personenkraftwagen von besonderem Interesse. Anfang 1969 verfügten 45 % aller Haushalte über einen oder mehrere Personenwagen. Während die Haushalte mit drei und mehr Haushaltsmitgliedern mit 62 bis 65 % deutlich über dem Gesamtdurchschnitt lagen, blieben die Haushalte, die aus einer ein-

zigen Person bestanden, mit 12 % weit darunter. Mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, fortgeschrittenes Alter und das Geschlecht des Haushaltsvorstandes wirkten sich gleichermaßen ungünstig auf die Ausstattung der Ein-Personen-Haushalte mit Personenkraftwagen aus. Auch der geringe Ausstattungsgrad der Haushalte von Nichterwerbstätigen ist weitgehend auf die genannten Faktoren zurückzuführen. Am besten mit Personenkraftwagen ausgestattet waren die Haushalte von Landwirten.

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände 1969

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten waren ... mit Gebrauchsgütern der jeweiligen Art ausgestattet					
	Landwirte	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Nichterwerbstätige
Personenkraftwagen	81	75	71	61	49	17
Motorrad, Moped ¹	16	4	5	4	11	3
Fahrrad	80	57	68	58	67	30
Telefon	38	81	50	49	12	27

1) einschließlich Motorfahrrad (Mofa)



Vier von fünf landwirtschaftlichen Haushalten besaßen (mindestens) einen Personenwagen. Kaum schlechter standen sich die Haushalte der übrigen Selbständigen und der Beamten, während die Haushalte von Arbeitern nur knapp über dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad lagen.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei den Motorrädern, Mopeds und Motorfahrrädern (Mofas). Nur in sechs von hundert Haushalten waren überhaupt Kraftfahrzeuge der genannten Art vorhanden. Erheblich über diesem Wert lagen lediglich die Haushalte von Landwirten und Arbeitern. Offenbar ist der Ausstattungsgrad mit Motorrädern, Mopeds und Mofas

5) Wirtschaft und Statistik 1969, Seite 533 ff. (September) und 1970, Seite 264 ff. (Mai)

stärker von der sozialen Schicht abhängig als vom Haushaltseinkommen. Auch die Größe der Wohngemeinde dürfte eine Rolle spielen.

Bildung und Unterhaltung

Betrachtet man die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern für Bildung und Unterhaltung, so fallen bei den Radio- und -was erstaunlich ist - bei den Fernsehgeräten die hohen Werte auf sowie die relativ geringen Unterschiede, die zwischen den Haushalten der verschiedenen Größen, sozialen Schichten, ja selbst der verschiedenen Einkommensgruppen bestehen. In vielen der nachgewiesenen Haushaltsgruppen, so bei den Haushalten mit drei und mehr Personen, den Haushalten der übrigen Selbständigen und der Arbeitnehmer sowie bei den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 1000 und mehr DM, besaß praktisch jeder Haushalt wenigstens ein Rundfunkgerät; etwa vier von fünf Haushalten hatten wenigstens ein Fernsehgerät. Diese Ergebnisse widerlegen die hier und dort vertretene These, der Ausstattungsgrad mit Fernsehgeräten nähme mit steigendem Haushaltseinkommen ab. Bezieht man die Phonokombinationen in die Rechnung ein, so ist im Gegenteil ein stetiges, wenn auch in den oberen Gruppen geringfügigeres Ansteigen des Anteils der Haushalte mit Fernsehgeräten festzustellen.

Im Gegensatz zu den Fernsehgeräten zeigen sich bei den Gebrauchsgütern für aktive Freizeitgestaltung beachtliche Unterschiede in der Ausstattung der einzelnen Haushaltsgruppen. Vor allem bei Filmkameras und Projektionsapparaten wurde der Ausstattungsgrad offenbar wesentlich durch die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmt. So besaß selbst bei einem Haushaltseinkommen von 600 bis unter 800 DM nur jeder 50. Haushalt eine Filmkamera oder einen Filmprojektor, bei einem Haushaltseinkommen von 2 500 und mehr dagegen jeder vierte Haushalt. Die großen Unterschiede in der Ausstattung, die bei der Aufgliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände erkennbar werden, deuten aber darauf hin, daß das Einkommen nur einer der Faktoren ist, die sich auf den Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern für aktive Freizeitgestaltung auswirken. Sicherlich gehören dazu auch z. B. Alter, berufliche Belastung und Bildungsstand sowie die damit verbundenen individuellen Wertvorstellungen der Haushaltsmitglieder. Daß der Preis des Gutes und die mit dem Kauf verbundene Ausgabenbelastung häufig nicht entscheidend sein kann, läßt sich am Beispiel der Fotoapparate zeigen, die schon für wenig Geld erhältlich sind und die doch in "nur" 62 von 100 Haushalten zu finden

sind, während die weitaus teureren Fernsehgeräte in 77 von 100 Haushalten stehen.

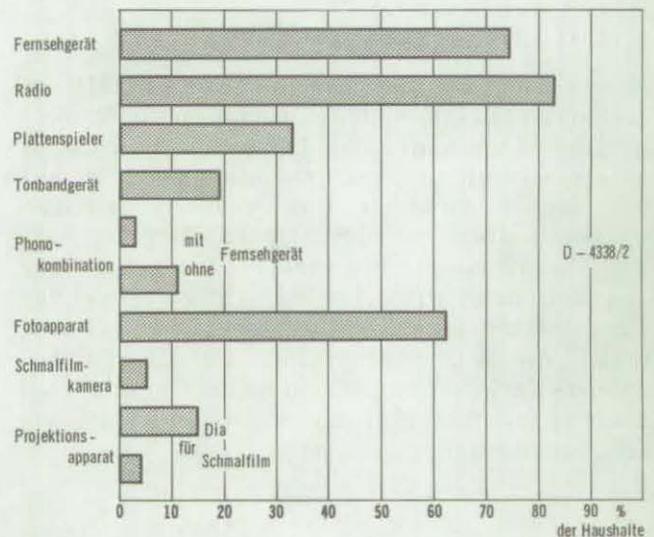
Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände 1969

Art der Gebrauchsgüter	Übrige					Nicht-erwerbstätige
	Landwirte	Selbständige	Berufstätige	Angehörige	Arbeiter	

Von jeweils 100 Haushalten waren ... mit Gebrauchsgütern der jeweiligen Art ausgestattet

Gebrauchsgüter für Bildung und Unterhaltung

Fernsehgerät	62	77	75	74	81	66
Radio	92	84	86	85	83	80
Plattenspieler	23	48	48	45	33	22
Tonbandgerät	11	32	32	28	22	8
Phonokombination mit Fernsehgerät	.	5	4	4	3	2
Phonokombination ohne Fernsehgerät	(2)	13	15	15	13	7
Fotoapparat	52	78	88	83	71	35
Schmalfilmkamera	(1)	15	8	.	3	2
Projektionsapparat für Dia	(4)	26	32	27	12	7
Schmalfilme	.	12	6	7	3	1



Haushaltsführung

Hinsichtlich der Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung ist bei Kühlschränken und elektrischen Staubsaugern ein sehr hoher Ausstattungsgrad festzustellen. Rund 85 % aller Haushalte verfügten über derartige Geräte. Lediglich die Ein-Personen-Haushalte blieben erheblich hinter der durchschnittlichen Versorgung zurück. Das geringfügige Absinken des Ausstattungsgrades bei Haushalten mit fünf und

mehr Personen widerspricht dieser Feststellung nicht, sondern hängt damit zusammen, daß der Anteil der mit Kühlschränken etwas unterdurchschnittlich ausgestatteten Haushalte von Landwirten bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen besonders hoch ist. Die geringe Ausstattung der landwirtschaftlichen Haushalte mit Kühlschränken wird jedoch kompensiert

durch eine besonders hohe Versorgung mit Tiefkühltruhen und -schränken, die mit 68 % den Ausstattungsgrad der übrigen Haushalte um etwa das Vierfache überstieg.

Nach den Kühlschränken und Staubsaugern waren Waschmaschinen und Nähmaschinen die am häufigsten vorhandenen Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung. Der Ausstattungsgrad mit Waschmaschinen und Nähmaschinen lag jeweils bei etwas über 60 %. Ganz offensichtlich entsprechen aber Waschmaschinen ohne Schleuder bzw. Schleudergang (ebenso wie einfache Wäscheschleudern) und mechanische Nähmaschinen nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Im Gegensatz zu allen übrigen erfaßten Gebrauchsgütern (mit Ausnahme der Motorräder, Mopeds und Mofas) wurde der höchste Ausstattungsgrad mit den zuletzt genannten Gegenständen nicht bei den Haushalten der oberen, sondern der unteren und mittleren Einkommensgruppen ermittelt. Die reichlichere Ausstattung mit diesen nicht mehr modernen Gebrauchsgütern ist also eher als ein Zeichen relativer wirtschaftlicher Schwäche, weniger als ein Symbol des Wohlstandes zu sehen.

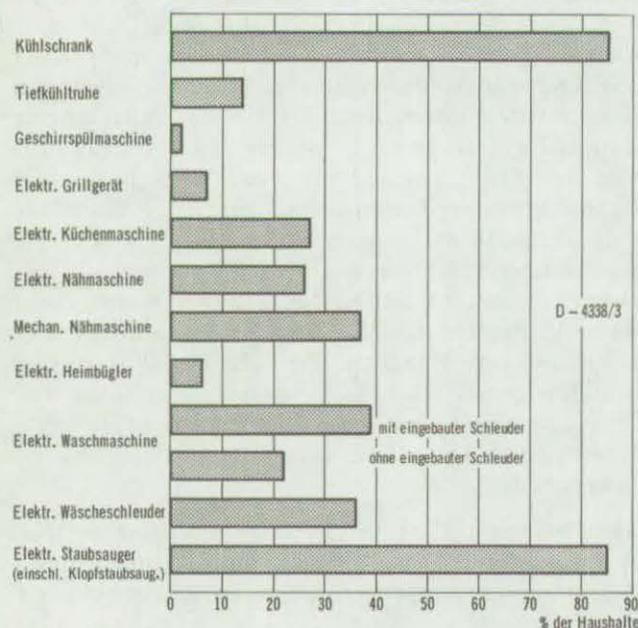
Von den erfaßten Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung erreichten elektrische Grillgeräte, elektrische Heimbügler und vor allem Geschirrspülmaschinen die geringsten Häufigkeitswerte. Die meisten Haushalte dürften im Erhebungszeitraum Geräte dieser Art noch als ausgesprochene "Luxusgüter" angesehen haben. Das geht auch daraus hervor, daß die Unterschiede in der Ausstattung zwischen Haushalten der untersten und der obersten Einkommensgruppe bei diesen Gütern wesentlich größer waren als bei anderen Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung.

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände 1969

Art der Gebrauchsgüter	Übrige					Nicht-erwerbstätige
	Landwirte	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	
Von jeweils 100 Haushalten waren ... mit Gebrauchsgütern der jeweiligen Art ausgestattet						
Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung						
Kühlschrank	71	91	95	93	89	74
Tiefkühltruhe, -schrank	68	22	13	11	15	5
Geschirrspülmaschine	5	12	4	3	0	5
Elektrisches Grillgerät	(4)	16	8	9	5	4
Elektrische Küchenmaschine	43	39	40	35	26	16
Elektrische Nähmaschine	21	34	40	37	28	15
Mechanische Nähmaschine	71	33	30	28	36	41
Elektrischer Heimbügler	9	16	9	7	5	3
Elektrische Waschmaschine mit eingebauter Schleuder ¹	51	58	54	47	43	23
Elektrische Waschmaschine ohne eingebaute Schleuder	34	18	21	20	29	17
Elektrische Wäscheschleuder	54	31	33	31	45	31
Elektrischer Staubsauger ²	62	92	94	93	86	78

1) einschließlich Automat

2) einschließlich elektrischer Teppichklopfer (Klopfstaubsauger)

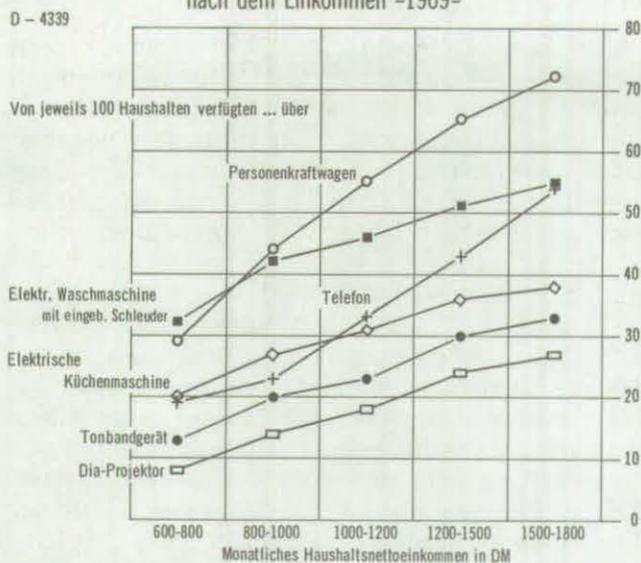


Der Einfluß des Haushaltsnettoeinkommens

Die Unterschiede zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe sind am deutlichsten bei jenen Gebrauchsgütern, bei denen die laufenden Aufwendungen und Folgekosten besonders ins Gewicht fallen, also etwa bei Personenkraftwagen, Telefon und Schmalfilmkameras.

Bei den 3-Personen-Haushalten mit einem Arbeiter als Haushaltsvorstand bleibt die bei den Haushalten insgesamt erkennbare Tendenz erhalten, daß mit der Höhe des verfügbaren Einkommens der Bestand an langlebigen Gebrauchsgütern im allgemeinen zunimmt. Es ist aber nicht zu übersehen, daß der Ausstattungs-

Ausstattung privater Haushalte* mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach dem Einkommen -1969-



*) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Haushalte in Anstalten

grad der einzelnen Einkommensgruppen bei den Arbeiterhaushalten erheblich ausgeglichener ist als bei den Haushalten insgesamt. Die Bedeutung des Haushaltsnettoeinkommens für den Ausstattungsgrad ist also offenbar geringer, wenn man den Einfluß der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands ausschaltet. Selbst bei den Personenkraftwagen, deren Besitz noch mit am stärksten von dem Haushaltseinkommen abhängt, ist der Bestand bei den Arbeiterhaushalten in der Einkommensgruppe 1 500 bis unter 1 800 DM nur um das 0,6fache höher als in der Einkommensgruppe von 600 bis unter 800 DM, bei den Haushalten insgesamt dagegen um das 1,5fache.

Der Einfluß der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß gleiches Einkommen für sich allein noch kein gleiches Verbrauchsverhalten, kein gleiches Lebenshaltungsniveau und keinen gleichen Lebensstil zur Folge hat. Auch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht kann den Bestand an langlebigen Gebrauchsgütern nachhaltig beeinflussen.

Etwa gleiche Bestände in allen sozialen Schichten sind, selbst bei gleichem Einkommen und gleicher Haushaltsgröße, nur für ganz wenige Gebrauchsgüter festzustellen, so z. B. bei Radios, Kühlschränken und Staubsaugern. Es

handelt sich hier meist um Güter, die bereits so verbreitet sind, daß sie fast zur Standardausrüstung eines jeden Haushalts gehören. Bei einer weiteren Anzahl von Gebrauchsgütern fallen lediglich die Haushalte von Nichterwerbstätigen gegenüber den anderen deutlich ab, etwa bei Personenkraftwagen, Fotoapparaten und elektrischen Waschmaschinen mit eingebauter Schleuder; beim Telefon liegen die Haushalte von Arbeitern besonders weit hinter den übrigen Haushalten zurück. Für eine dritte Gruppe von Gebrauchsgütern sind schließlich die Bestände bei einer oder zwei der sozialen Schichten wesentlich höher als bei den übrigen, so zum Beispiel die Bestände an Telefonen und Tiefkühltruhen bei den Selbständigen, die Bestände an Plattenspielern und Tonbandgeräten bei den Beamten, die Bestände an Fotoapparaten und Projektionsapparaten bei den Angestellten und Beamten, die Bestände an Fahrrädern bei den Arbeitern und die Bestände an mechanischen Nähmaschinen bei den Nichterwerbstätigen.

Der Einfluß der Erwerbstätigkeit der Ehefrau

Interessant ist, bei welchen Gebrauchsgütern die stärksten Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne erwerbstätige Ehefrau erkennbar werden. Am Beispiel von Familien mit einem Arbeiter als Haushaltsvorstand soll diese Frage näher untersucht werden. Der Besitz eines Personenkraftwagens und eines Telefons wird offenbar am meisten durch die Mitarbeit der Ehefrau beeinflusst. Es handelt sich hierbei um Gegenstände, die mit hohen laufenden Aufwendungen verbunden sind.

Bei den anderen Gebrauchsgütern bestehen, was den Einfluß des Merkmals "Erwerbstätigkeit der Ehefrau" betrifft, beträchtliche Abweichungen zwischen den Ehepaaren ohne Kinder und den Ehepaaren mit Kindern. Bei den Ehepaaren ohne Kinder ist die Ausstattung der Haushalte mit erwerbstätiger Ehefrau für fast alle erfaßten langlebigen Gebrauchsgüter (mit Ausnahme der Gebrauchsgüter, die eher auf eine finanzielle Schwäche hindeuten, wie z. B. mechanische Nähmaschinen, Waschmaschinen ohne eingebaute Schleuder, Wäscheschleuder) wesentlich günstiger als die der Haushalte ohne erwerbstätige Ehefrau. Bei den Haushalten mit Kindern zeigen sich dagegen mit Ausnahme der Tiefkühltruhen und -schränke meist keine größeren Abweichungen in dem erreichten Versorgungsgrad.

Ganz offensichtlich wird also in vielen Fällen vor allem die Anschaffung und Haltung eines Personenkraftwagens durch die erwerbstätige Ehefrau mitfinanziert. Dieser Nachweis läßt

sich auch bei Haushalten anderer sozialer Stellung führen. Die beobachteten Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung mit Telefon sind dagegen eine bemerkenswerte Eigenart der untersuchten Arbeiterfamilien.

Der Einfluß des Alters des Haushaltsvorstandes

Gliedert man z. B. die Arbeiter-Ehepaare mit einem Kind nach Altersgruppen der Haushaltsvorstände, so ergeben sich einige Tendenzen, die angesichts des - aus anderen Statistiken abzuleitenden - relativ geringen Zusammenhangs zwischen Alter und Einkommenshöhe der Arbeiter im wesentlichen auf die unterschiedliche Altersstruktur der Haushaltsvorstände (und damit in der Regel auch der übrigen Haushaltsmitglieder) zurückzuführen sein dürften. Diese Tendenzen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Ausstattung mit Personenwagen ist ganz eindeutig vom Alter des Haushaltsvorstandes abhängig. War der Ehemann 25 bis unter 35 Jahre alt, so hatten 66 von 100 Familien ein Kraftfahrzeug, war er 55 bis unter 65 Jahre alt, dagegen nur 45.
2. Offensichtlich ist auch die Ausstattung mit Gebrauchsgütern für aktive Freizeitgestaltung (Tonbandgeräte, Fotoapparate, Schmalfilmkameras, Projektionsapparate) stark altersbedingt. Zumindest nimmt bei Haushaltsvorständen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, der Bestand gegenüber jüngeren Altersgruppen spürbar ab.
3. Gebrauchsgüter, die dem heutigen Stand der Technik nur noch bedingt entsprechen (mechanische Nähmaschinen, Waschmaschinen ohne eingebaute Schleuder, Wäscheschleudern), finden sich in Haushalten mit älteren Haushaltsvorständen wesentlich häufiger als in Haushalten mit jüngeren Haushaltsvorständen. Offensichtlich wird hier trotz mancher Nachteile oft auf einen Austausch mit modernen Geräten verzichtet, solange die vorhandenen Gebrauchsgüter noch funktionsfähig sind.

Der Einfluß der Größe der Wohngemeinde

Arbeiterhaushalte in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern verfügen häufiger als in Großstädten über Personenkraftwagen, Motorräder u. ä. sowie über Fahrräder. Diese Feststellung dürfte besonders auf die zahlreichen Berufspendler in den kleineren Gemeinden

zurückzuführen sein, die für ihren Weg zur Arbeitsstätte - zum Teil aus zwingenden Gründen - eigene Fahrzeuge benutzen.

Auffällig ist bei den Haushalten in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern ferner der relativ große Bestand an Tiefkühltruhen und -schränken, der mit 22 % etwa dreimal so hoch ist wie bei den übrigen Haushalten. Das hängt wohl damit zusammen, daß in den kleinen Gemeinden viele Arbeiterhaushalte entweder selbst über landwirtschaftlich genutzte Flächen verfügen, deren Erzeugnisse sie einlagern, oder daß sie landwirtschaftliche Produkte günstig beziehen können.

Die Arbeiterhaushalte in den Großstädten sind vor allem hinsichtlich der Gebrauchsgüter für Bildung und Unterhaltung durchweg besser ausgestattet als die Haushalte in den kleinen Gemeinden, hinsichtlich der Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung bestehen dagegen keine nennenswerten Abweichungen in dem erreichten Versorgungsgrad.

Vergleich mit 1962

Gruppiert man die erfaßten Gebrauchsgüter ohne Rücksicht auf ihren Verwendungszweck nur nach dem Maße, in dem der Versorgungsgrad der Haushalte im Jahre 1969 gegenüber dem des Jahres 1962 gestiegen ist, so stehen Geschirrspülmaschinen und Heimbügler mit Sicherheit weit an der Spitze, auch wenn sich, wegen der sehr geringen Verbreitung dieser Geräte im Jahre 1962, die Zuwachsraten nicht genau angeben läßt. Daß 1962 der Besitz derartiger Geräte auf wenige Haushalte beschränkt war, ist andererseits auch der wesentliche Grund für ihre starke prozentuale Zunahme, die nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß auch der 1969 erreichte Ausstattungsgrad sehr gering war. Anders liegen die Verhältnisse bei Tiefkühltruhen und elektrischen Waschmaschinen mit Schleuder (einschließlich Automaten), bei denen nicht nur eine Wachstumsrate von mehr als 400 % festzustellen ist, sondern die auch 1969 immerhin in 14 % bzw. 39 % aller Haushalte vorhanden waren. Bemerkenswert erscheint, daß die vier wachstumsintensivsten Gebrauchsgüter dem Bereich der Haushaltsführung zuzurechnen sind, während ein Gebrauchsgut des Bereichs Bildung und Unterhaltung, nämlich das Tonbandgerät, erst an fünfter Stelle, ein Gebrauchsgut des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung erst an zehnter Stelle erscheint, und zwar interessanterweise nicht der Personenkraftwagen (15. Stelle), sondern das Telefon. Der Anteil der Haushalte mit elektrischen Waschmaschinen ohne Schleuder sowie mit mechanischen Nähmaschinen ist gegenüber 1962 zurückgegangen.

Ausstattung privater Haushalte
mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern 1962¹ und 1969

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten waren ... mit Gebrauchsgütern der jeweiligen Art ausgestattet			Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten waren ... mit Gebrauchsgütern der jeweiligen Art ausgestattet		
	1962	1969	1962 = 100		1962	1969	1962 = 100
Geschirrspülmaschine	(0)	2	.	Personenkraftwagen	27	45	167
Heimbügler	(1)	6	.	Kühlschrank	52	85	164
Tiefkühltruhe, -schrank	3	14	467	Phonokombination mit Fernsehgerät	2	3	150
Elektrische Waschmaschine mit eingebauter Schleuder ²	9	39	433	Fotoapparat	42	62	148
Tonbandgerät	5	19	380	Elektrische Wäscheschleuder	27	36	133
Elektrisches Grillgerät	2	7	350	Elektrischer Staubsauger ³	65	85	131
Projektionsapparat für Dia	5	15	300	Phonokombination ohne Fernsehgerät	9	11	122
Elektrische Nähmaschine	10	26	260	Radio	79	83	105
Schmalfilmkamera	2	5	250	Elektrische Waschmaschine ohne eingebaute Schleuder	25	22	88
Telefon	14	32	229	Mechanische Nähmaschine	47	37	79
Fernsehgerät	34	74	218				
Elektrische Küchenmaschine	13	27	208				
Projektionsapparat f. Schmalfilme	2	4	200				
Plattenspieler	18	33	183				

1) ohne Berlin 2) einschließlich Automat
3) einschließlich elektrischer Teppichklopfer (Klopfstaubsauger)

Weitgehend übereinstimmende Tendenzen ergeben sich, wenn man die soziale Stellung der Haushaltsvorstände, die Haushaltsgröße und die Höhe der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in die Betrachtung einbezieht. Bis auf wenige Ausnahmen führte die Entwicklung seit 1962 ganz offensichtlich zu einem Abbau oder doch wenigstens zu einer drastischen

Reduzierung der damals festzustellenden Unterschiede im erreichten Ausstattungsniveau mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern. Fast durchweg liegen die Wachstumsraten für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die 1962 am schlechtesten versorgt waren, weit über dem Durchschnitt.

Dr. Georg Goldmann

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungsmieten	1/5
Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 494 ⁺	2 507	2 510	2 511	2 541
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 746	1 201	1 452	1 439	1 642	1 091	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,5	8,2	5,8	6,8	6,9	7,6
* Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	2 590	2 718	2 928	2 773	2 532	2 518	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	14,1	12,2	13,2	13,7	13,3	11,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 705	2 678	2 776	2 464	2 601	2 769	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	13,2	12,7	13,0	13,0	11,8	12,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	55	65	62	53	61	77	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	21,2	23,9	21,2	19,1	24,1
* Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	181	- 115	40	152	309	- 69	- 251	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,9	- 0,5	0,2	0,7	1,5	- 0,3
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	11 216	8 736	7 277	9 579
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	8 643	6 434	6 519	7 868
* Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	2 573	2 302	758	1 711
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	12 303	10 755	9 965	10 938
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	32 162	25 925	23 761	28 385
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	165	209	178	158	188
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	8	6	8	10	7	9	11	14
darunter * Männer	1 000	6	5	3	4	5	3	4	6	8
Offene Stellen	1 000	19	24	22	20	18	21	19	16	15
darunter für Männer	1 000	10	15	14	13	12	14	12	10	9
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a	.	.	1 407	.	.	.	1 364
darunter * Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a	.	.	493	.	.	.	477
* Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	.	.	1 774	1 802	.	.	1 667
darunter * Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	.	.	183	175	.	.	169
darunter * trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	.	.	112	109	.	.	106
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	54	45	36	49	54	45	32
* Kälber	1 000 St.	3	3	2	2	3
* Schweine	1 000 St.	156 ^b	200 ^c	225	234	226	202	209	232	227
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	11	9 ^c	7	21	18	3	7	17	15
* Schlachtmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	33,3	30,2	27,3	27,9	29,9	28,9	25,2
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	12,9	10,3	8,3	11,2	13,1	10,6	7,7
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
* Schweine	1 000 t	12,6	17,4	20,2	19,8	18,7	16,5	16,6	18,1	17,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	245	244	239	232	251	252	247
Kälber	kg	61	61	62	52	60
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	93	93	90	83	82	84	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteler ³⁾										
* für Legehennenküken	1 000	523	497	486	539	166	577	527	495	539
* für Masthühnerküken	1 000	403	911	767	1 012	923	898	753	917	769
* Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	793	848	885	720	816	858	833
* Milcherzeugung	1 000 t	169	178	113	129	158	115	109	126	152
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	90	90	90	91	90	90	91
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	7,2	8,5	10,1	7,7	7,1	8,5	10,3

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	194	194	192	192	191	190	188
darunter *Arbeiter ⁶⁾	1 000	140	145	147	146	144	144	143	143	141
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	26	25	24	24	24	24	23
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	165,5	178,7	181,4	176,8	173,6	188,0	187,6
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	65,7	78,3	83,1	74,3	74,3	85,2	90,0
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	37	37	34	22	21	23	21
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	23 346	25 762	26 511	20 592	23 410	25 491	27 985
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	94	107	108	107	89	101	103	98
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	156	173	169	160	162	174	165	160
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	41	42	38	32	38	41	38
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	1 205	1 115	1 194	1 320	1 230	1 353	1 459
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	145	135	142	250	141	226	192
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	r 163	170	172	157	166	179	177	159
Steine und Erden		115	144	186	165	138	197	195	154	133
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	r 121	128	133	100	117	116	111	86
Chemische Erzeugnisse		209	r 470	428	337	316	357	352	314	265
Papiere und Pappen		110	r 139	147	146	126	137	135	133	96
Stahlbauerzeugnisse		120	191	205	232	193	187	203	189	172
Maschinenbauerzeugnisse		108	r 149	143	148	163	131	136	137	148
Wasserfahrzeuge		110	152	160	165	150	146	158	160	143
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	r 280	305	342	303	305	391	350	328
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	r 134	154	163	162	158	171	176	239
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	r (236)	(232)	(239)	(191)	193	206	213	191
Druckereierzeugnisse		115	r 248	269	285	262	273	337	368	261
Textilien		110	115	110	133	103	119	138	134	123
Bekleidung		101	r 102	119	113	84	104	108	107	84
Süßwaren		109	r 77	132	99	61	111	129	118	85
Milch und Milcherzeugnisse		109	r 120	73	97	113	79	71	91	104
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	r 164	195	184	193	190	190	188	163
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	152	148	116	152	166	136	113
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	.	.	96	96
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	.	.	195	177
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	.	.	208	185
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	272	299	294	236	234	315	334
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	492	499	537	460	507	548	579
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	15	19	23	13	18	24	26
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	63 154	62 394	61 784	64 392	62 941	62 282	61 573
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	10 225	9 012	7 739	10 288	10 262	8 410	7 677
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	4 261	3 793	3 349	4 581	4 369	3 675	3 484
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 556	3 944	3 310	4 103	4 292	3 295	2 984
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	84,5	74,6	69,8	93,7	90,1	77,5	77,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,9	7,4	10,1	8,4	8,4	10,5	11,2
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	238,2	228,1	372,1	263,7	227,0	241,3	429,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet, endgültige Zahlen

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 020	814	468	1 274	1 085	879	675
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	935	742	417	1 109	961	760	569
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 039	776	441	1 268	1 251	1 021	945
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	138 590	106 264	59 800	186 895	186 321	149 092	146 506
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	203	151	85	237	242	196	188
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	181	213	154	132	174	190	161	135
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	757	507	745	625	794	684	511
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	68 032	65 639	73 467	73 745	87 794	50 427	61 818
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	131	92	117	121	157	117	107
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	2 873	1 917	1 095	3 001	3 512	2 698	2 659
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹¹⁾	Anzahl	2 447	1 837	1 354	1 683	12 074	1 176	1 522	1 929	...
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	5 867	6 723	51 469	5 182	6 565	8 369	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	202,1	165,1	199,4	305,8	229,1	280,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	26,1	25,5	28,9	31,1	38,6	28,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	176,0	139,6	170,4	274,7	190,6	251,3	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	4,3	4,1	3,3	3,8	4,0	4,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	11,5	10,9	14,7	10,8	11,0	7,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	160,1	124,6	152,5	260,1	175,6	239,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	16,5	14,2	15,6	17,3	18,4	14,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	143,6	110,4	136,9	242,8	157,2	224,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	56,1	59,3	65,1	63,0	109,5	65,6	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	15,7	20,5	17,4	18,3	57,7	19,1	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	20,2	18,5	20,7	23,2	28,9	24,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	64,7	45,4	53,0	67,7	55,4	110,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	11,5	10,8	15,4	24,8	15,3	12,0	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	6,5	6,0	7,3	6,6	7,1	68,2	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	3,5	3,7	7,3	4,3	4,3	6,7	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	13,8	10,0	8,9	7,6	11,0	8,1	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	40 195	33 044	26 966	36 359	35 608	31 003	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	49 866	42 947	37 393	45 682	48 050	45 225	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	119	73	67	210	p 121	p 77	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	16	9	9	19	p 16	p 9	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	512	241	222	1 841	p 528	p 260	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	29	18	18	42	p 29	p 17	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 351	1 192	1 253
Güterversand	1 000 t	415	547	533	504	518
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	303	283	315	246	241	250	268
*Güterversand	1 000 t	354	373	461	404	354	452	452	359	348
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	7 817	7 868	7 291	7 152	7 542	8 166	7 206	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	3	7	11	28	20	11	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	6 925	6 880	6 473	6 386	6 554	7 295	6 340	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	481	454	466	455	429	499	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 613	1 476	1 594	1 547	1 569	p 1 476	p 1 404
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	88	84	84	71	92	p 89	p 78
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	2 185	1 936	2 200	2 111	2 135	p 2 019	p 1 885

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 957	16 055	16 502	17 749	17 933	18 183	...
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968; bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 344	3 325	3 469	3 938	3 951	4 028	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 309	3 287	3 426	3 915	3 928	3 928	...
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968; 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 176	1 218	1 343	1 434	1 458	1 464	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 123	1 161	1 277	1 363	1 384	1 388	...
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	11 437	11 512	11 690	12 377	12 524	12 691	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 921	9 992	10 152	10 724	10 852	10 992	...
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 771	10 831	11 288	12 132	12 244	12 425	...
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	5 266	5 305	5 478	6 018	6 105	6 257	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 684	3 728	3 870	4 361	4 433	4 524	...
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 504	5 526	5 810	6 115	6 139	6 168	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 497	3 506	3 686	3 821	3 835	3 852	4 049
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	344	260	353	345	282
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	313	238	349	314	259
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,4	0,4	281	0,4	1
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	13	12	19	10	13	11	17
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	3	1	3	-	-	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	438	440	415	320	340
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	0,990	0,962	1,170	1,122
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	213 472	182 319	403 370	344 574	242 061	248 567	443 940
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	108 141	106 291	295 024	265 562	127 697	166 143	324 915
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	112 432	107 427	141 463	127 668	117 833	153 075	155 294
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	- 9 572	- 4 478	119 087	108 782	6 420	6 104	144 156
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	4 516	1 081	2 259	1 307	981	4 048	1 094
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	766	2 261	32 214	27 805	2 463	2 917	24 371
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	72 740	76 028	82 817	79 012	78 658	82 424	86 007
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	51 653	53 670	60 759	59 444	58 091	60 580	65 466
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	21 087	22 358	22 059	19 569	20 567	21 844	20 540
* Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	79 516	80 572	108 237	88 663	83 528	83 945	122 593
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	8 473	9 706	8 899	9 201	9 685	10 395	10 235
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	67 745	65 917	91 373	71 612	70 041	69 397	103 122
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	2 984	2 371	3 583	3 395	2 232	2 693	3 638
* Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	21 998	30 900	21 064	20 519	20 651	33 448	20 391
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	1 937	13 852	2 201	804	651	13 572	756
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	14 614	12 007	13 074	13 398	14 679	13 728	13 846
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	1 063	977	1 007	1 318	1 028	969	953
* Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	.	.	137 714 ^{e)}	143 573 ^{e)}	.	.	151 228 ^{e)}
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	.	.	84 726 ^{e)}	84 781 ^{e)}	.	.	99 792 ^{e)}
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	.	.	6 262 ^{e)}	7 277 ^{e)}	.	.	6 960 ^{e)}
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	.	.	21 890 ^{e)}	24 328 ^{e)}	.	.	20 777 ^{e)}
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	193 600	179 727	308 246	260 202	211 592	213 571	340 803

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1.7. - 30.9. bzw. 1.10. - 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	123 540	120 256	301 327	186 117	151 549	207 587	232 469
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	46 870	45 939	219 901	116 230	55 151	110 419	141 496
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	.	41 334	38 376	43 416	47 597	49 369	57 895	63 720	54 072
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	.	4 855	16 296	.	12 764	.	17 853	.	16 509
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	.	.	186 445 ^e	177 399 ^e	.	.	232 356 ^e
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	.	59 525 ⁺	.	.	80 479 ^e	67 196 ^e	.	.	149 852 ^e
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslands Güter	1962=100	106,3	107,2	106,3	106,6	106,5	104,2	103,3	103,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1962=100	104,8	116,6	117,5	118,0	118,3	121,9	121,6
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	103,6	103,4	103,4	105,4	105,2	105,2	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 _f	107,5 _f	108,5	109,1	109,6	113,1	113,1	113,1	...
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 _f	98,1 _f	97,4	96,6	96,0	102,4	103,6	p 104,3	p 106,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	151,8	.	.	.	166,2	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)										
	1962/63=100	107,7 _g	110,8 _g	108,5	108,9	109,5	114,6	r 114,7	114,7	115,2
Einzelhandelspreise										
	1962=100	104,6	112,5	112,9	113,6	114,1	118,8	119,1	119,7	120,1
Preisindex für die Lebenshaltung 16)										
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		109,0	117,4	116,4	116,9	117,2	123,1	123,2	123,8	124,6
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	119,8	120,5	120,7	126,8	127,7	128,4	128,7
Wohnungsmieten		118,5	168,5	170,8	171,9	172,2	180,8	181,6	181,8	182,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	126,9	127,5	128,1	131,9	133,0	134,3	134,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	115,8	116,2	116,6	122,3	122,7	123,0	123,3
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	317	.	.	.	352	.	.
darunter Facharbeiter	DM	224	318	339	.	.	.	374	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	184	.	.	.	206	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	6,97	.	.	.	7,73	.	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	7,47	.	.	.	8,22	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	4,44	.	.	.	4,95	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	45,5	.	.	.	45,5	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	41,4	.	.	.	41,6	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	42,9	.	.	.	42,4	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	39,2	.	.	.	39,0	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	1 504	.	.	.	1 679	.	.
*weiblich	DM	666	946	979	.	.	.	1 106	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	1 643	.	.	.	1 792	.	.
*weiblich	DM	687	966	1 006	.	.	.	1 123	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	1 307	.	.	.	1 445	.	.
*weiblich	DM	557	795	820	.	.	.	891	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	1 459	.	.	.	1 593	.	.
weiblich	DM	.	(911)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	1 372	.	.	.	1 519	.	.
*weiblich	DM	588	839	867	.	.	.	950	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	1 634	.	.	.	1 779	.	.
*weiblich	DM	687	965	1 004	.	.	.	1 118	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste e) 1.7. - 30.9. bzw. 1.10. - 31.12.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489

Jahr	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31.12. in Mill. DM	Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt		laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000												
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1	
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5	
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7	
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6	
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	...	13,1	

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1966	1 911	982	441	680	1 245	598	517	646	314	1 950	1 323	971
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			Öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63 =100			insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
			Männer	Frauen			kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	...	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133

1) nur Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

6) ohne Postspareinlagen

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1971			Bevölkerungsveränderung im August 1971			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dez. 1971 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor-monat	Vor-jahres-monat 1)						
in %									
FLENSBURG	95 068	- 0,1	- 0,2	3	- 127	- 124	55	1	62
KIEL	270 512	- 0,1	- 0,2	- 40	- 206	- 246	146	7	190
LÜBECK	240 398	+ 0,1	+ 0,4	- 25	153	128	104	5	134
NEUMÜNSTER	86 303	+ 0,1	+ 0,2	4	59	63	56	1	80
Dithmarschen	133 777	+ 0,1	- 0,3	4	84	88	70	4	100
Flensburg-Land	73 209	+ 0,2	+ 1,6	41	101	142	34	3	44
Hzgt. Lauenburg	144 929	+ 0,1	+ 1,6	8	166	174	70	2	105
Nordfriesland	161 429	+ 0,3	+ 2,2	48	454	502	85	-	114
Ostholstein	182 156	+ 0,4	+ 2,3	- 24	726	702	107	9	143
Pinneberg	245 856	+ 0,2	+ 2,9	40	363	403	143	7	181
Plön	109 224	+ 0,3	+ 1,9	2	375	377	52	8	68
Rendsburg-Eckernförde	226 950	+ 0,2	+ 1,3	24	476	500	145	10	205
Schleswig	100 888	+ 0,1	+ 0,9	28	123	151	56	2	80
Segeberg	173 345	+ 0,4	+ 4,3	54	697	751	110	9	149
Steinburg	132 857	+ 0,2	+ 0,6	- 3	203	200	77	5	103
Stormarn	162 264	+ 0,2	+ 2,8	- 2	398	396	94	5	127
Schleswig-Holstein	2 539 165	+ 0,2	+ 1,4	162	4 045	4 207	1 404	78	1 885

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1971		
	Betriebe am 30. 11. 1971	Beschäftigte am 30. November 1971		Umsatz ⁴⁾ im November 1971 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	73	8 597	90	82	24 515	22 196	...
KIEL	147	32 046	118	178	71 394	64 497	...
LÜBECK	150	31 311	130	179	58 384	51 948	...
NEUMÜNSTER	69	10 769	125	37	23 313	20 716	...
Dithmarschen	59	6 175	46	74	42 549	32 565	...
Flensburg-Land	32	1 006	14	7	26 537	20 252	...
Hzgt. Lauenburg	97	9 528	66	55	42 226	34 899	...
Nordfriesland	44	2 451	15	33	51 918	40 468	...
Ostholstein	75	5 804	32	39	53 914	43 741	...
Pinneberg	226	24 957	101	163	71 186	61 650	...
Plön	49	2 758	25	30	35 411	28 293	...
Rendsburg-Eckernförde	125	11 887	52	87	68 912	54 776	...
Schleswig	39	3 655	36	49	32 183	24 849	...
Segeberg	170	13 565	78	105	61 383	50 500	...
Steinburg	92	11 100	84	86	39 989	31 735	...
Stormarn	122	14 842	91	169	49 889	42 651	...
Schleswig-Holstein	1 569	190 451	75	1 353	753 703	625 736	...

1) nach dem Gebietsstand vom 31. August 1971

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 27. Mai 1970			Offene Stellen am 30. 11. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1971			*Ernten und Erträge 1971			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1950	VZ 1961						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 494	- 3,9	+ 7,6	16	33	126	90,3	8,5	1 698	39,7	322	278,0
Hamburg	1 794	+ 11,7	- 2,1	20	66	1	93,0	8,2	18	34,7	4	275,3
Niedersachsen	7 082	+ 4,2	+ 6,6	48	138	254	86,7	8,4	4 710	39,5	3 478	312,0
Bremen	723	+ 29,4	+ 2,3	7	18	1	74,7	8,3	6	34,0	3	264,9
Nordrhein-Westfalen	16 914	+ 28,1	+ 6,3	144	628	203	88,5	9,3	3 288	40,0	1 730	335,2
Hessen	5 382	+ 24,5	+ 11,8	47	266	96	74,2	9,0	1 590	39,8	1 212	249,0
Rheinland-Pfalz	3 645	+ 21,3	+ 6,7	22	73	66	77,1	8,5	1 378	36,9	1 224	258,5
Baden-Württemberg	8 895	+ 38,3	+ 14,6	84	552	194	73,2	8,7	2 297	40,4	1 917	282,5
Bayern	10 479	+ 14,1	+ 10,1	81	363	526	79,8	9,1	5 217	40,2	5 059	244,4
Saarland	1 120	+ 17,2	+ 4,4	4	29	8	79,4	9,0	147	35,0	226	278,0
Berlin (West)	2 122	- 1,2	- 3,4	18	76	0	20,0	14,6	3	30,5	2	166,7
Bundesgebiet	60 651	+ 19,4	+ 7,9	493	2 241	1 475	81,7	8,8	20 351	39,6	15 176	273,9

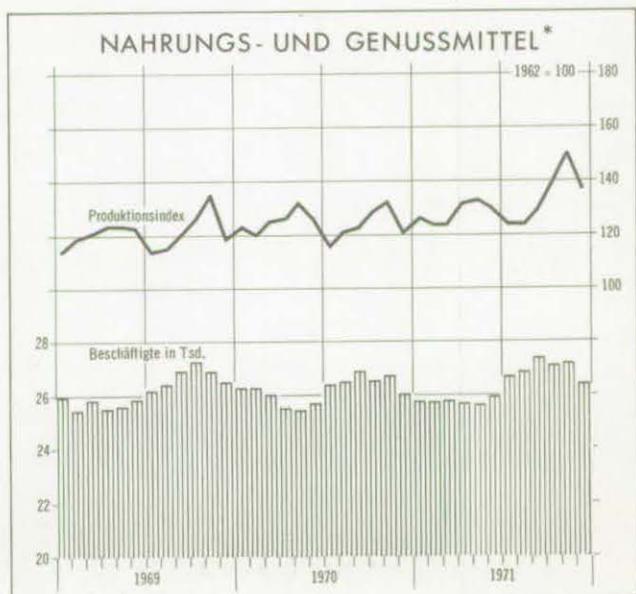
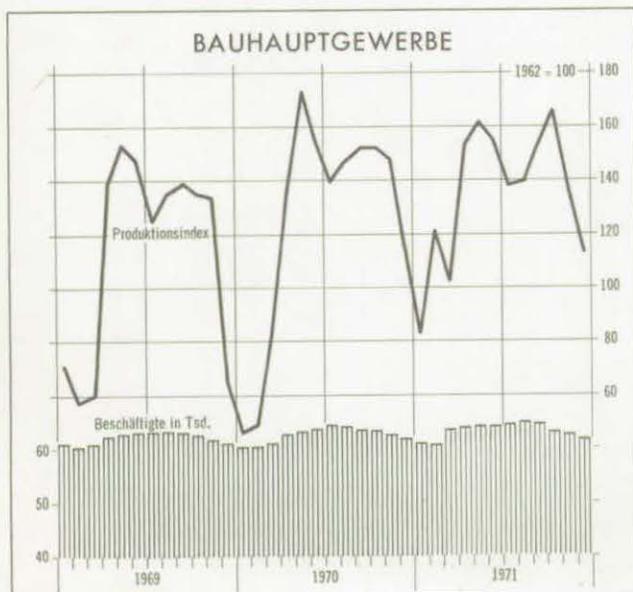
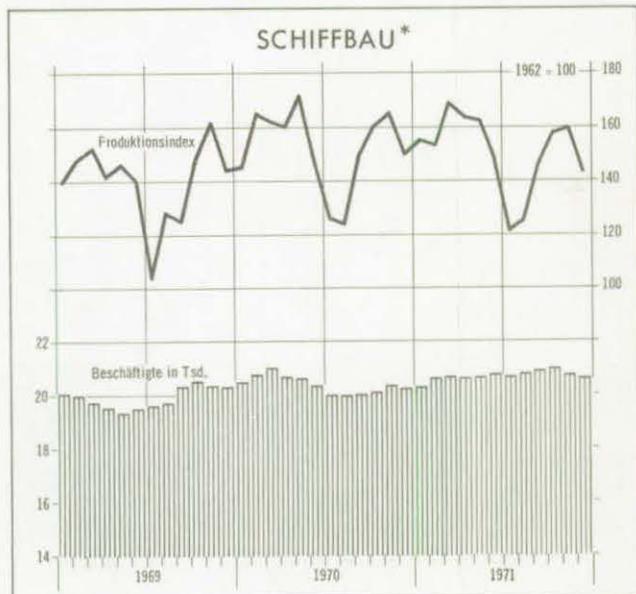
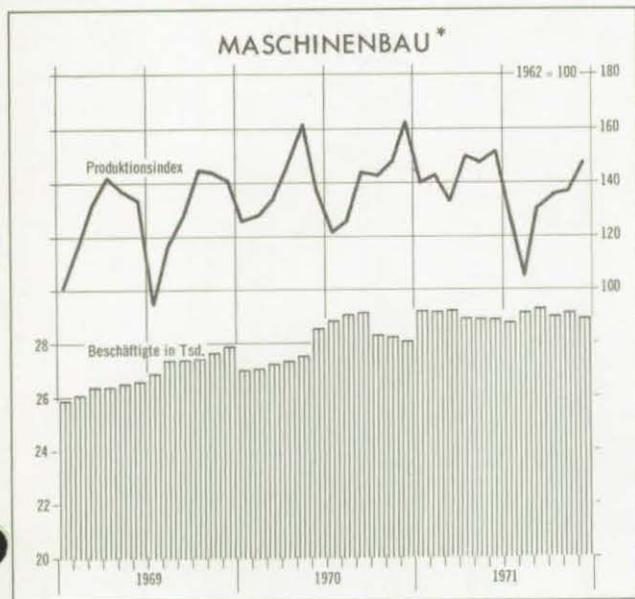
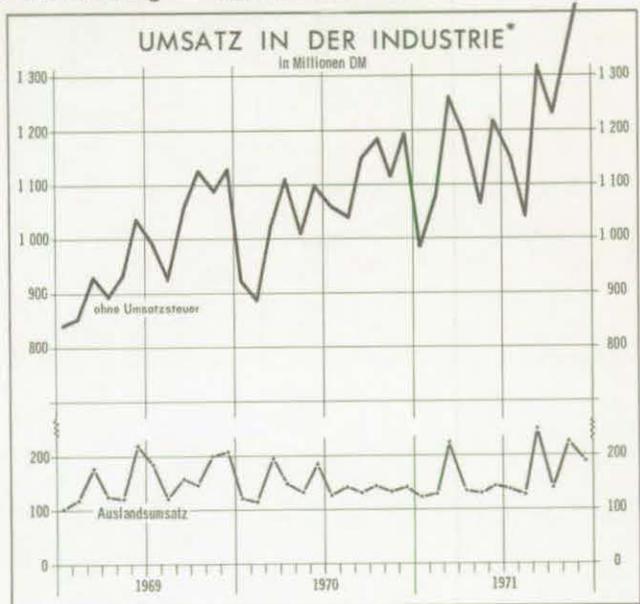
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im September 1971			
	Beschäftigte am 31. 10. 1971		Umsatz ²⁾ im Oktober 1971		Produktionsindex ³⁾ 1962=100 im Oktober 1971	Beschäftigte am 30. 9. 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	191	75	1 230	11	179	62	24	3 001	11,7	1 176	4,6
Hamburg	202	113	1 716	13	129	45	25	1 146	6,3	529	2,9
Niedersachsen	801	112	5 028	22	158	181	25	7 132	10,0	4 820	6,8
Bremen	102	141	877	12	206	23	30	467	6,2	379	5,0
Nordrhein-Westfalen	2 675	157	16 140	19	151	389	23	17 822	10,4	9 404	5,5
Hessen	751	138	4 004	20	172	145	26	5 839	10,7	3 068	5,6
Rheinland-Pfalz	410	112	2 735	19	236	90	25	3 237	8,8	1 533	4,2
Baden-Württemberg	1 586	176	8 561	19	176	248	28	11 610	12,9	9 151	10,2
Bayern	1 387	130	7 380	16	180	315	30	14 614	13,7	6 399	6,0
Saarland	174	155	802	30	169	24	21	630	5,6	268	2,4
Berlin (West)	248	118	1 425	9	149	46	22	1 397	6,6	1 345	6,3
Bundesgebiet	8 527	139	49 898	18	169	1 568	25	66 895	10,9	38 072	6,2

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1971			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1971				Bestand an Spareinlagen ⁷⁾ am 31. 10. 1971 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	insgesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000							im 3. Vierteljahr 1971			
							in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	754	626	...	1 569	92	2 135	142	2 426	205	261	69
Hamburg	509	461	...	1 138	21	1 454	130	4 583	353	1 663	145
Niedersachsen	2 110	1 734	...	4 109	327	5 648	145	2 964	206	224	67
Bremen	199	179	...	448	11	540	123	3 517	259	996	117
Nordrhein-Westfalen	4 638	4 085	...	9 437	431	12 862	141	3 456	237	363	86
Hessen	1 708	1 453	...	3 481	146	4 949	146	3 800	253	374	96
Rheinland-Pfalz	1 110	897	...	2 032	116	2 939	150	3 086	203	284	75
Baden-Württemberg	2 789	2 320	...	4 717	276	6 890	152	3 589	244	371	92
Bayern	3 375	2 647	...	5 886	355	8 439	149	3 568	228	297	85
Saarland	293	256	...	557	31	749	140	2 807	206	232	57
Berlin (West)	471	426	...	1 238	36	1 581	131	2 822	168	528	79
Bundesgebiet	18 028 ^a	15 115 ^a	...	34 612	1 842	48 166	145	3 404	232	379	85

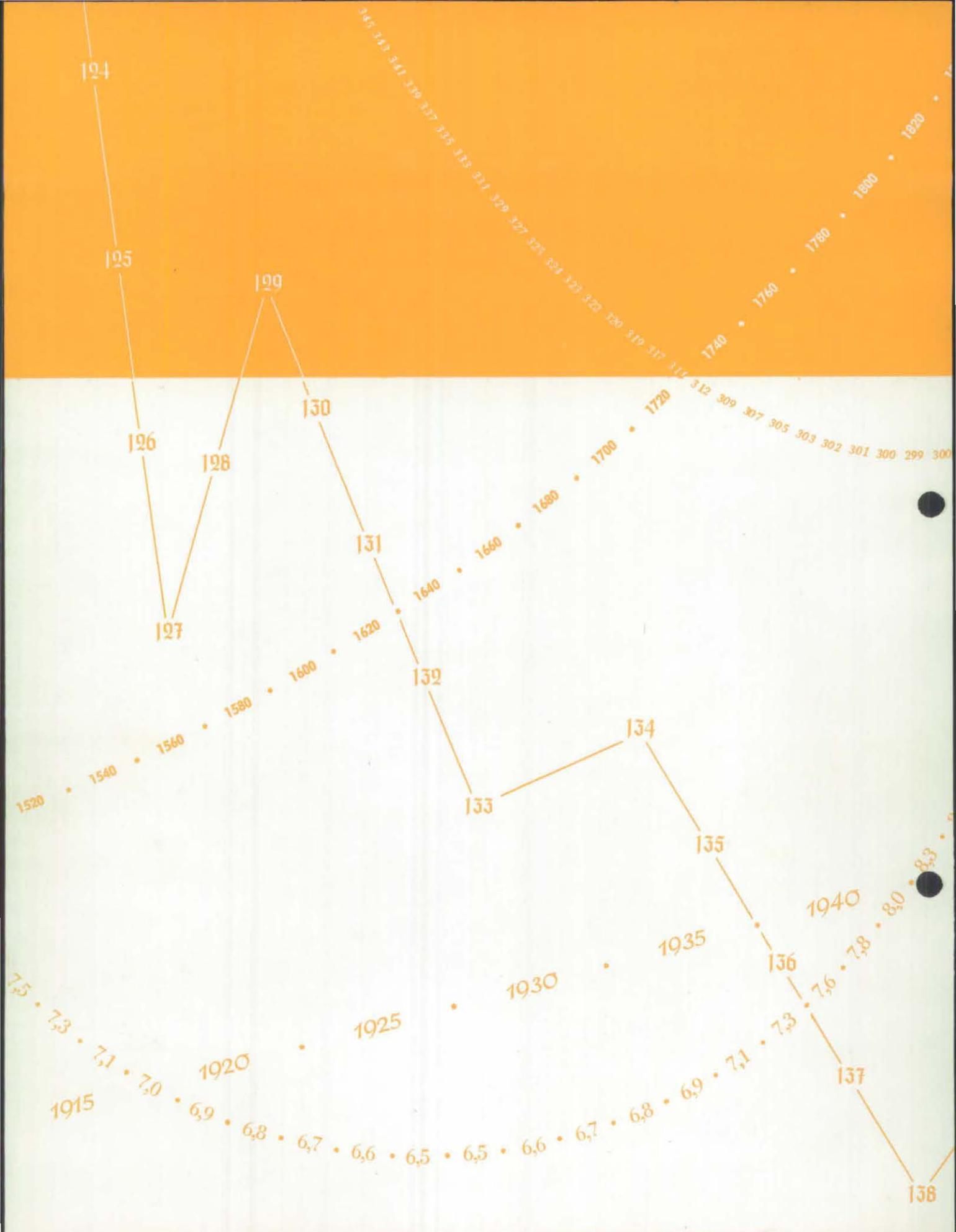
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 70 707 Kfz und 29 859 Pkw

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen